

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: Die monatlich erscheinende Monatshefte über den  
Raum 40 Pf., für Bestellungen 30 Pf., für die Kassenpreise (ausdrücklich  
an den Besteller) 20 Pf., Einzelhefte 10 Pf., Einzelhefte nur  
wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1. Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (schl. im voraus), durch  
die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-  
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt besteht kein  
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ersatzleistung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. 1. Güterbahnhofstraße 2  
Postfach 1000, Dresden-K. 1. Fernruf 17 200. Verlagsleiter: Dresden 10 000.  
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr  
bes. Sprechstunde, Donnerstags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Freitags 10-12 Uhr  
bes. Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 21. Oktober 1930

Nummer 246

So haben die sächsischen „Linken“ die SPD-Arbeiter

## Belogen und betrogen!

Auch die SPD-Fraktionsminderheit stimmte für Brüning / SPD-Arbeiter, jetzt macht aber Schluss!

„Abbau der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung, schamlose Belastung der breiten Massen durch eine Kopfsteuer wollten der Bürgerblock und seine (Brüning — d. Red.) Regierung, die reaktionärste seit der Revolution, erzwingen... Ein schwerer Kampf steht uns bevor. Aber die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie... wird die Demokratie, die Herrschaft des Volkes gegen alle Diktaturgelüste erfolgreich verteidigen.“ (Aus dem Wahlaufsatz des ostsächsischen Bezirksvorstandes der SPD.)

... Die Fraktion hat bis auf einen Abgeordneten geschlossen für den Übergang zur Tagesordnung gestimmt, also auch die Fraktionsminderheit hat sich dem Zwang gefügt. Bisher war es üblich, daß bei Gewissensfragen der Fraktionsminderheit gestattet wurde, der Abstimmung fernzubleiben. Wir wissen nicht, weshalb es in diesem Fall nicht geschehen ist. Die Wichtigkeit der Entscheidung hätte eine solche ablehnende Haltung der Fraktionsminderheit ohne weiteres zur Pflicht gemacht.“ (Chemnitzer „Volksstimme“ von gestern.)

Dresden, den 21. Oktober.

Die Aktienkurse ziehen wieder an. Die Dividenden für die Industrieunternehmen, Zinsen für die Bankmagnaten in London, Paris und New York scheinen gesichert. Gemühtung ehor aus dem bürgerlichen Weltmaß. Denn Brüning hat Blankopolit macht erhalten durch den Reichstag. Die Notverordnung, der amtlich sanktionierte Lohnabbau, Zoll- und Steuerwucher — alles in allem genommen — die Aufhebung der Tribute und Profite auf Kosten des arbeitenden Volkes Deutschlands ist durch die Sozialdemokratie sanktioniert worden. Nicht nur die Wortführer der Dittler und Goshels sind das willfährige Werkzeug der deutschen Kapitalisten. Auch die SPD-Führer haben sich „in der Stunde der Not“ als sichere, zuverlässige Helfer erwiesen.

Von den Heilmann und Müller, von dem schwarz-bezogenen ministeriellen Künzler hatten die SPD-Arbeiter nichts

anderes erwartet. Die sind als Koalitionspolitiker gezeichnet, die nicht erst einmal blanken, niederträchtigen Verrat am deutschen Proletariat begingen. Aber die „Linken“ schienen den SPD-Arbeitern von anderem Holz. Auf deren Opposition hatten sie die Karten gezogen, als sie am 14. September zur Wahlurne gingen. Denn waren es nicht die Edel und Bösel, die Fleißner und Seidewitz, die während des Wahlkampfes nicht müde wurden die Brüning-Regierung der „schamlosen Volksausplünderung“ zu bezichtigen, sie als „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ an den Branger der Arbeiteröffentlichkeit zu stellen? Haben sie nicht noch wenige Tage vor dem schwarzen 18. Oktober alle Springquellen ihrer „ehelichen Opposition“ geöffnet? Riefen sie dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion nicht beschwörend zu, daß ein Votum für Brüning „Sprengpulver“ für die Partei, „Selbstmord“ für die Partei bedeute? Erklärten sie nicht mahnend, daß Hitler für seinen Aufstieg nichts mehr zu be-

fürchten brauche, wenn die SPD das Mißtrauensvotum gegen Brüning niederstimme? Erklärten sie nicht, in den Versammlungen den empörten SPD-Arbeitern, daß das Steuer herumgerollt werden müsse, „fort von Koalition und Tolerierung einer reaktionären Diktaturregierung“, daß sie bei einer anderen Entscheidung der Mehrheit „diesen Kurs nicht mehr mitmachen könnten“?

Ist nicht diese „linke“ Pose, diese „Opposition von links“ die Ursache gewesen, warum ihr, sozialdemokratische Arbeiter, am 14. September noch einmal die Nase 1 währte, warum die sächsische SPD im Gegensatz zu den Bezirks des übrigen Reiches einen Wahlerfolg buchen konnte? Glaubte ihr, SPD-Arbeiter, nicht allen Ernstes, daß eure „linken“ Führer jetzt „Ernst machen“, daß sie zurück wollen zum Klassenkampf, eine Einheitsfront erstreben, nicht mit Brüning und Treuhand, mit dem Junkerminister Schiele und dem Wahraun-Parteller Dietrich, sondern eine Einheit des kämpfenden Proletariats gegen Diktaturordnung und Lohnraub?

Ihr seid betrogen und belogen worden. Eure „linken“ Führer haben alles mitgemacht. Sie haben für Brüning gestimmt, ohne daß sogar ein Fraktionszwang bestand.

## Solidarität mit dem kämpfenden Berlin!

Zweigtündiger Proteststreik in Limbach — Organisiert Sammelaktionen und den Kampf für eigene Forderungen

Limbach, den 21. Oktober.

Gestern morgen fand ein Solidaritätsstreik der Limbacher Metallarbeiter von etwa zwei Stunden für die kämpfenden Berliner Metallarbeiter statt.

Vieler Demonstrationstreif der Limbacher Arbeiter für die Berliner Kollegen ist zu begrüßen, es muß jedoch betont werden, nicht nur Solidarität durch Resolutionen und Beschlüsse ist nötig, sondern durch Beschlüsse in den Metallbetrieben selbst gilt es, den Angriffstreif vorzubereiten und durchzuführen. Das ist der nächste Schritt, den die sächsischen Metallarbeiter tun müssen. Das abgekartete Spiel der Unternehmer und der reformistischen Gewerkschaftsführer, die erst die Berliner Metallarbeiter niederlagen und solange die Entscheidung in Sachsen verzögern wollen, muß durchkreuzt werden.

### Sammelt für die Streikenden!

Die ganze sächsische Arbeiterschaft aber muß jetzt sammeln für die kämpfenden Berliner Kollegen. Die ZH hat bereits die Sammellisten verfaßt. Diese Sammlung muß in allen Betrieben organisiert, jeder Arbeiter, jede Arbeiterin von der großen Bedeutung der Unterstützung der KPD und ZH für die Kämpfe der gesamten Arbeiterschaft überzeugt werden. Alle Kräfte für die Unterstützung und Stärkung der Streikenden in Berlin.

### Probozierendes Kapitalistenbad

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern wagt die Direktion des Siemens-Konzerns eine neue, ungeheure Provokation. Das Mitglied des Gesamtbetriebsrates des Elmo-Werkes, Paul Rohmann, sowie der Betriebsrat Ernst Kammen wurden gemahnt. Sie erhielten ihre Papiere im „Bormars“ eingewidelt (!!). Die Direktion und die SPD nehmen Rücksicht an Rohmann dafür, daß er im Reichstag gegen Brüning gestimmt hat.

### Streifbrecher in der Dunkelkammer Geheimverhandlungen Ulrichs mit Brüning

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach zuverlässigen Mitteilungen begannen heute die neuen Schlichtungsverhandlungen zwischen Ulrich und dem Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller beim Reichsarbeitsminister. Ulrich stellt sich damit in die Front des neuen Vertragsplanes gegen die kämpfenden Metallarbeiter. Der Plan ist, mit dem Schwindel eines neuen „Preisabbaues“ Lohnabbau durchzuführen. Das Reichsarbeitsministerium läßt durch Brüning in den Nachrichtenagenturen mitteilen, daß es „im gegenwärtigen Stadium der Dinge entscheidenden Wert

darauf legt, keine eigenen Anschauungen und Pläne nicht der Öffentlichkeit bekanntzugeben, damit jede Beeinflussung der Verhandlungen vermieden werde.“ (!!)

Das Reichsarbeitsministerium, die Metallindustriellen und Ulrich fürchten die Empörung der streikenden Arbeitermassen und des ganzen roten Berlins. Stegerwald will Geheimverhandlungen, um den Ulrich u. Co. den Weg zum Verrat zu ebnen. Der neue Spruch soll die streikenden Arbeiter übertrahen und die Erdoberfläche ihrer Front erleichtern.



Das rote Berlin sammelt für die kämpfenden Berliner Metallarbeiter. Arbeiter Sachsens! Springt auch ihr in die Bresche! Parole: Praktische Hilfe für die Streikenden von Berlin!

### Streik gegen Maßregelungen

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei der Kraftag, dem größten Kraftfahrzeugunternehmen Berlins, haben gestern in verschiedenen Depots die Kraftfahrer die Arbeit niedergelegt als Protest gegen eine Maßregelung derjenigen Kraftfahrzeugführer, die bei der Demonstration im Lustgarten, auf dem Alexanderplatz und an anderen Stellen Berlins teilgenommen haben. Nach den Beschlüssen in den übrigen Depots ist zu erwarten, daß der Streik bis heute noch eine erhebliche Ausdehnung erfährt. Die Direktion hat als Antwort auf den Streik beim Betriebsrat die Entlassung von neun oppositionellen Betriebsratsmitgliedern beantragt.

„Der Sturz der Regierung hätte mit einem Schlag ein Chaos geschaffen, das die Faschisten brauchen, um zur Macht zu kommen und das Parlament auszuschalten“, schreibt die „Dresdner Volkszeitung“ zur Begründung des sozialdemokratischen Verhaltens. Man kann dieses dumme, abgegriffene Argument zur Verteidigung einer schändlichen Handlung mit den Worten anderer sächsischer SPD-Blätter selbst widerlegen. So schreibt das „Sächsische Volksblatt“ Jizdau. Im Interesse der Erhaltung der Kompromitt der Arbeiterklasse gegenüber der drohenden faschistischen Gefahr wäre es wichtiger gewesen, wenn ohne diese Vertagung die Sozialdemokratie sofort klar und eindeutig der Regierung Brüning das Mißtrauen ausgesprochen hätte, denn nach der Verkündung des Programms dieser Regierung als in Arbeiterkreisen als Signal zum Lohnabbau aufgefaßt wurde, kann an den reaktionären, völkisch-individualistischen Tendenzen dieser Regierung kein Zweifel mehr bestehen.“

Um den Faschismus zu besiegen“, meint die „Dresdner Volkszeitung“? Ja, warum war es denn vor den Wahlen anders, warum habt ihr da geschrien, daß die Brüning-Regierung die reaktionärste seit der Revolution und die Blauhalterin des Faschismus sei? Warum habt ihr vor der Wahl und jahrelang wiederholt, daß Koalitionspolitik der Weg in den Faschismus bedeute? Entweder ihr habt damals oder heute geschwindelt. Eure eigenen Worte bezeugen es. Geschwindelt habt ihr in beiden Fällen. Vor der Wahl, indem ihr mit eurer „Opposition“ gegen Brüning Wahlstimmen ergaunert, nach der Wahl, indem ihre eure tolle Koalition mit Brüning als eine „Waffe gegen den Faschismus“ bezeichnet.

Über gemacht, der 18. Oktober wird euch nicht geschenkt werden. Die sozialdemokratischen Wähler sind lebend geworden. Die offene Rebellion, die Massenflucht aus der Brüning-Partei wird nicht mehr aufzuhalten sein. Denn mit der Einheit des Proletariats kann man nicht ungestraft Schindluder treiben. Eure Einheitsfrontpolitik ist die Einheit mit der Diktaturregierung, die Einheit mit der Bourgeoisie zur Durchsetzung der Notverordnung und des Lohnabbaues, des Polizeiterrors und der Legalisierung des Faschismus. Wenn auch jetzt noch das Dresdner SPD-Blättchen Illusionen zu wecken sucht, als ob der Notverordnung in den Ausschüßungen die „Giftzähne ausgebrochen“ werden könnten, so antworten wir mit den Worten des Chemnitzer SPD-Klarses, das den Betrug an den Arbeitern geschäfter aufzudecken weiß als die Stümper in Dresden: „Die Fraktionsmehrheit glaubt, durch die Verhandlungen in den Ausschüssen den Notverordnung die Giftzähne ausbrechen zu können. Wie oft haben wir dieses Wort nicht schon gehört und mußten hinterher feststellen, daß nicht mit

die Giftzähne ausgebrochen, sondern daß die Giftzähne uns gebissen hätten."

Was sich in den nächsten Tagen zur Festbildung des 18. Oktober aus der sächsischen SPD-Presse ergibt, ist klar, eine alle Grenzen überschreitende Antidolkschweizerei!

Wir sind sicher, daß die sozialdemokratischen Arbeiter unsere Handlungsweise nicht nur verstehen, sondern auch mit uns gemeinsam kämpfen werden, gegen Brüning-Tilgatur, Faschismus und die sozialdemokratischen Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeuter.

# Weiterer Vormarsch der Kommunisten!

## Wahlen an der Wasserkante — Schwere Verluste der Nazis — Auch die sozialdemokratische Verräterpartei verliert

Die Wahlen, die am Sonntag in Hamburg stattfanden, bezeugen, daß auch hier die kommunistische Partei vorwärts marschiert. Gegenüber den letzten Wahlen zum Landesparlament im Jahre 1927 hat die KPD stark zugenommen. Aber auch im Vergleich mit den Reichstagswahlen zeigt sich eine Steigerung der kommunistischen Stimmen.

Bei der Reichstagswahl am 14. September wurden in den Städten Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht 10,62 Prozent aller Stimmen für die kommunistische Partei abgegeben.

Auch in den Landgemeinden (Wahlkreis 2), wo für die KPD ein schwieriges Arbeiten infolge ungenügender organisatorischer Verantwortung zu verzeichnen ist, haben wir einen prozentualen Stimmenzuwachs. Am 14. September erhielt die KPD im Wahlkreis 2 6,22 Prozent aller Stimmen, am 19. Oktober 6,40 Prozent.

Die Stimmen der Nazis gingen zurück. Besonders kennzeichnend ist die Niederlage der Nazis im Wahlkreis 2 in den Landgemeinden, wo sie bei den Reichstagswahlen 26,14 Prozent, jetzt nur noch 20,54 Prozent erhalten haben.

Die SPD erhielt im Wahlkreis 1 am 14. September 36,95 Prozent der gesamten Stimmenzahl, am 19. Oktober nur 35,67 Prozent. Im Wahlkreis 2 sind die entsprechenden Zahlen 35,79 Prozent und 34,74 Prozent.

Die SPD hat also auch verloren. Sie erhält damit die Lüttung für die Verräterei, die sie in der Zeit vom 14. September erneut vorbereitet hat und die in der Reichstagswahl vom 18. Oktober sich auswirkte.

## Die Kurze steinen!

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rettung der Brüning-Regierung durch die SPD hat auf der Straße ein neues Anzeichen aller Kurze um 5 bis 10 Punkte zur Folge gehabt.

Verhärtete Not für Proletariat — gesteigerte Gewinne für Börsenspekulanten — das ist die Politik der Sozialdemokratie, auf einen Generalstreik gebracht.

Newport, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vertrauensmann der Brüning-Regierung, Dr. Schacht, wurde gestern vom Präsidenten Hoover und dem Schatzminister Mellon empfangen. Zweifello hängt diese Zusammenkunft mit dem Vertrauenspotum der SPD für Brüning zusammen und dient der Erschließung neuer Finanzquellen für die bankrotte Republik.

## Aufhebung der Pflichtarbeit

Freiberg, den 21. Oktober.

Das Stadtratsordnungs-Kollegium in Freiberg beschloß mit den Stimmen der Kommunisten, der SPD und der Nazis, die Pflichtarbeit der Wohlfahrtsdienstleistungen abzuschaffen. Die Arbeit der Wohlfahrtsdienstleistungen wird in Zukunft nach dem Tarif bezahlt.

## Neue Mordtat der braunen Best

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Nacht zum Sonntag führten die Nationalsozialisten in einem Lokal in der Adolfsstraße eine schwere Mordtat aus. Sie überfielen in großer Anzahl dort anwesende Arbeiter. Dabei tötete ein Nazi den Arbeiter Breitenbach, der dem Kampfband gegen Faschismus angehört, mit einem Revolver von hinten auf den Kopf und zerstückelte ihm die Schädeldecke. Der Arbeiter wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb. Das Mordkommando traf selbstverständlich erst verurteilt ein.

Moskau, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach einem Telegramm des Leiters der Chinesischen Eisenbahn sind am 12. Oktober zwei sowjetische Angestellte der Eisenbahn ermordet und zwei weitere Angestellte von Weisgardisten verhaftet worden. Das Außenministerium hat sofort den sowjetischen Generalkonsul angewiesen, eine Untersuchung einzuleiten.

## Den roten Hahn aus Dach der Junfer!

Batavia, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Pressemeldungen ist es in Bessarabien zu Bauernunruhen gekommen, wobei die Bauern Schloß und Gut eines Großgrundbesitzers und dessen Scheunen verbrannt haben. Ein gestrige Gendarmrie konnte nur mit Mühe die Unruhen unterdrücken, die eine Folge der ungeheuren Not der bessarabischen Bauern ist.

## Lobst du meinen Juden

### — lob ich deinen Juden

Den Nazis ist Heil widerfahren. Ein prominenter Vertreter des Finanzkapitals, Dr. Hjalmar Schacht, hat auf seiner Propagandatournee in Amerika die Rasthorden über die Nazibewegung beruhigt. Seine Mitteilung, daß sie keinerlei Befürchtungen wegen der Young-Tribute zu hegen brauchen, daß die gemeinschaftliche Ausplünderung der Werttätigen Deutschlands durch amerikanische und deutsche Finanzmagnaten gesichert sei, wurde mit händelstischen Applaus quittiert, und der "Völkische Beobachter", Hitlers verlogenes Organ, preist den Juden Schacht, weil dieser sich zur Verhütung der amerikanischen Börsenwut lobend über die Nazibewegung äußerte.

Tja, alles hat seine Konsequenz. Wenn man für Revolution des Young-Pattes plädiert, befindet man sich Arum auch mit den jüdischen Kapitalisten. Wir konstatieren, daß Hitler mit Schacht, der bekanntlich von der Nazipresse als Young-Tributator gebrandet wurde, in einer Front gegen die unter der Young-Karte schützenden Werttätigen steht. Schacht als "Ehrenretter" der Hitler-Bewegung zeigt, wie verblumt die Naziführer sind. Es ist Zeit für diejenigen, die bisher den "Kämpfern für Massereinheit" Glauben schenken, den Hitler und Straßer den Rücken zu kehren.

Halb gilt es, in den ausschlaggebenden Betrieben Stützpunkte für die KPD zu errichten und auszubauen.

Schon bereiten die Gewerkschaftsführer den Verrat des Berliner Kampfes vor. Ein neuer Schiedsspruch, der "alles beim alten läßt", soll der Köder sein, an dem die Metallarbeiter anbeißen sollen. Das beste Mittel, die Absichten der Unternehmer und der Bürokratie zu durchkreuzen, ist die Organisierung des Kampfes in Sachjen. Ohne Fögern ist die Arbeit zu steigern, es gilt, einen entscheidenden Schlag gegen die Young-Diktatur und ihre Stützen zu führen. Anschließend an den ersten Vorstoß in Limbach, müssen weitere nachhaltige Vorstöße unternommen werden. Limbach war ein Signal in jeder Beziehung.

Witterungsaufrichten für Mittwoch, den 22. Oktober. Witterungscharakter noch nicht viel geändert. Teillich und räumlich etwas uneinheitliches Wetter, teils Nebel oder Hochnebel, teils vorübergehend, besonders in den Nordabhängungen der mittelhohen Gebirge, auch sonntägliche Bewölkungserscheinungen.

# Volkszeitung solidarisiert sich mit den Mahraun-Faschisten

## Immer tiefer in den antibolschewistischen Sumpf!

Ohne einen Kommentar bringt die Dresdner Volkszeitung einen Bericht über Mahrauns Rede gegen den Bolschewismus in einer Dresdner Versammlung. Darin heißt es:

...entschlüssener Kampf der Regierung gegen die Bolschewisten in Deutschland und sofortige Ausweisung aller Bolschewisten in Deutschland... Antilagerhebung gegen Landesverräter, gegen alle, die mittelbar oder unmittelbar der Aufrüstung der Roten Armee Vorschub leisteten und sofortige Verhandlungen mit den Westmächten zwecks Aufrüstung des deutschen Heeres."

Man sieht die schlotternde Angst der Bourgeoisie ist die Triebfeder zu Mahrauns Verzweiflungsschrei, die Angst vor dem stürmischen Vormarsch und dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, Tatsachen als deren Folge eine ungeheure Steigerung der Sympathie aller Ausgebeuteten in den kapitalistischen Ländern die Macht der Bourgeoisie erschüttert.

Aber die "Volkszeitung" bringt noch eine weitere Meldung aus Paris, in welcher die Herren Leon Blum und Paul

Boncour ebenso heftig wie Mahraun den Kampf gegen den Bolschewismus fordern. Darin wird von dem Vorstand der französischen Sozialdemokratie vom "Kampf um den Frieden" und "Abklärung" gesprochen.

Das von denselben Seiten, die ganz Frankreich vom Rand bis zum Kreis militarisieren haben, Pan-Boncour Militärgeld hat die Vereinerung aller reaktionären Generale hervorgerufen.

Es ist somit eine Tatsache, daß die Dresdner Volkszeitung vom 20. Oktober 1930 Arm in Arm mit dem Faschischen Mahraun zum "heiligen Krieg gegen den Bolschewismus" aufruft, daß dieses Blatt Seite an Seite mit den Faschisten den blutigen Terror gegen die Revolution und gegen die revolutionären Arbeiter auftrifft. Die christlichen Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter, die wirklich für die Revolution sind, werden für diese Einheitsfront mit Mahraun und — mit Hitler gegen die Revolution nur ein verächtliches Pflaster sein.

## Limbach

### Ein Vorstoß und seine Lehren

H Wr. Am 17. Oktober wurde in einer Metallarbeiterversammlung in Limbach beschlossen, am Montag dem 20. Oktober in den Streik zu treten. Zu dem Beschluß heißt es:

In Anbetracht des verschärften Kampfes der Unternehmer gegen die Arbeiterkraft, in Anbetracht der Vorgänge in Berlin und der Absichten der Unternehmer, die Streikenden mit Polizei und anderen Machtmitteln des Staates niederzuschlagen, in Anbetracht des bereits teilweise durchgeführten Lohnabbaus in den sächsischen Metallbetrieben beschließt die heute tagende Metallarbeiterversammlung, in Limbach am Montag früh in allen Betrieben die Arbeit geschlossen niederzulegen und in den Streik zu treten."

Die versammelten Arbeiter haben richtig erkannt, daß die Streikfront in Sachjen aufgerollt werden muß und gemeinsam mit den Berliner Metallarbeitern den Lohnraub abzuwehren und die Forderungen auf Lohnerrhöhung und Arbeitszeiterkürzung durchzusetzen.

Am 18. Oktober fanden jedoch einige Betriebsversammlungen statt, in denen der Eintritt in den Streik im gegenwärtigen Moment abgelehnt wurde. Die meisten Arbeiter, die so entschieden, taten das mit der Begründung, daß erst ein Schiedsspruch für Sachjen vorliegen müsse, ehe man streiken könne.

Von der sozialdemokratischen "Volksstimme" wurden diese Beschlüsse von Betriebsversammlungen mit unverhohlener Genugtuung aufgenommen. Diese Genugtuung ist überaus kennzeichnend für die Haltung der SPD-Führer zum Berliner Kampf und zur sächsischen Bewegung. Die "Volksstimme" schreibt:

"Der 'Kämpfer', der schon triumphierend geschrieben hatte: 'Limbachs Metallarbeiter in der Streikfront', wird einen Zurückzieher machen müssen, denn die Betriebe haben anders entschieden als die von den gelben KGO-Strategen zusammengegeschobene Versammlung."

Mögen die Arbeiter urteilen, wo die Gelben zu finden sind; ob in den Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, wie die "Volksstimme" behauptet, oder in den Reihen der Gewerkschaftsführer. Bisher wurden als Gelbe nur Streikbrecher und Unternehmernetzte bezeichnet. Es bleibt dem Volke der "linken" SPD vorbehalten, die Anhänger der KGO als "Gelbe" zu bezeichnen. Will damit Herr Födel seinen Befähigungsnachweis als würdiges Mitglied der Bürokratie erbringen? Es ergibt sich eine interessante Parallele: Heilmann, der rechte Koalitionsheld in der SPD, bezeichnete kürzlich Karl Liebknecht als Organisator des Arbeitermordes — im Blatt Karl Födel's, der "Linken", wird die KGO als gelb bezeichnet.

Mit ihrer Haltung zu den Limbacher Bestimmungen haben die sozialdemokratischen Führer gezeigt:

Ihnen liegt nichts an einer Unterstützung des Berliner Metallproletariats. Sie sind mit Freuden bereit, Streikbewegungen zu untergraben und abzuwürgen, wenn damit die Stellung der KPD und KGO erschüttert werden kann. Im Falle eines Solidaritätskampfes sächsischer Arbeiter mit den Berliner Metallarbeitern sind die Gewerkschafts- und SPD-Führer zur Niedererschlagung dieser Bewegung mit Freuden bereit.

Die Wichtigkeit der letzten Behauptung wird durch den Aufbruch der Bezirksleitung des DMB, die zum Streikbruch auffordert, bewiesen. DMB- und SPD-Bürokratie wollen keinen Streik. Sie fürchten (mit Recht), daß ihnen ein solcher Streik über den Kopf wachsen würde. Das aber würde die stille Arbeitsgemeinschaft mit dem Hungerdiktator Brüning stören. Was also bleibt vom "Kampfe" der "Linken" gegen die Hungerdiktatur bestehen? Ebenfalls wenig wie von dem Wahlschrei der SPD gegen Brüning. Die Haltung der SPD-Führer zum Vorstoß der Limbacher Arbeiter muß die letzten Illusionen beseitigen, die bei Arbeitern noch über die Kampfbereitschaft der SPD-Führer bestanden haben.

Wie konnte es aber sein, daß in Limbach Betriebsversammlungen Beschlüsse faßten, die sich gegen vorher gefasste Kampf-

beschlüsse wenden? Die Frage muß gründlich untersucht werden, im Interesse der Organisierung des sächsischen Metallarbeiterkampfes. In Limbach befindet sich die DMB-Crisisverwaltung in kommunistischen Händen. Die KPD ist in Limbach die weitaus stärkste Partei. Welches sind bei dieser Lage die Ursachen für ein solches Verhalten?

Das Schwerwichtigste der Arbeit lag in Limbach nicht in den Betrieben. Untere Betriebsstellen sind schwach und leisten keine selbständige Arbeit. Das Gefühl, daß wir die stärkste Partei sind, wirkte vielfach nicht so sehr als Motor zu noch intensiverer Arbeit, als vielmehr zur Verhöhnung. Die Positionen in der Gewerkschaftsbewegung wurden nicht durch bolschewistische Betriebszellen untermannt. Eine Führung und Kontrolle der Tätigkeit der Betriebskräfte durch die kommunistischen Betriebszellen erfolgte nicht oder sehr schwach. Es fehlte ferner eine systematische Verarbeitung der Vorkämpfer durch Betriebszellen und eine gründliche Schulung in der revolutionären Kampfstrategie. Schon der früher gefasste Beschluß: in den Kampf zu treten, wenn der Schiedsspruch Lohnabbau bringt, enthält eine verhängnisvolle Schwäche. Er bindet die Arbeiterkraft an das Vorgehen des Klassenfeindes und wohnt so in eine Abwehr- und Verteidigungsstellung, statt sie zum Angriff zu führen. Dieser Beschluß hat auf die weitere Entwicklung hemmend eingewirkt.

Nachdem jedoch dieser Beschluß nicht war, mußte mit der Auslösung des Berliner Kampfes eine intensivere Bearbeitung der Arbeiterkraft in der Richtung: gemeinsamer Kampf für das gemeinsame Ziel mit Berlin, erfolgen. Das ist nicht mit der notwendigen Schärfe geschehen. Hier zeigten sich Hindernisse in der Gestalt eines Opportunismus in der Praxis dessen Träger die Parteibeschlüsse in der Praxis verfehlten und labilisierten. Die Tatsache, daß im Betrieb Röhler 1 B. KGO-Betriebsrat sich der Durchführung eines Streikbeschlusses der Vorkämpfer entgegenstellten, zeugt von diesem Opportunismus.

Angeichts dieser Erscheinungen mußten die örtlichen Leitungen der Partei und der KGO das Schwerwichtigste auf die Betriebe legen. Es genügte keineswegs, einen Streikbeschluch einer Metallarbeiterversammlung in den Händen zu haben. Dieser Beschluß hätte durch die Beschlüsse von Betriebszellen erhärtet werden müssen. Bei klarer Herausarbeitung der Linie:

### Verbreiterung der Kampffront der Berliner Metallarbeiter — Einheitslicher Kampf in Sachjen und Berlin!

würde die überwiegende Mehrheit der Vorkämpfer sich auf den Standpunkt der KGO gestellt haben. Da das verümt wurde, gelang es am Montag zwar, mit der Mehrheit der Metallarbeiter einen etwa zweitägigen Demonstrationstreik durchzuführen, es gelang jedoch noch nicht, den Streik zu steigern und weiterzuführen.

Wir sehen diese Schwäche und beschließen sie nicht. Jetzt ist es die Aufgabe der Limbacher Parteileitung, diese schweren Mängel schnell zu überwinden. Mit den opportunistischen Tendenzen ist gründlich aufzuräumen. Die Gewerkschaftsarbeit muß ihr Fundament in einer planmäßigen Betriebsarbeit erhalten. In jedem Betrieb ist eine Zelle der Partei zu schaffen, die zur Führerin der Vorkämpfer wird. Die Arbeit der Betriebsräte und Vertrauensleute ist in den Zellen festzulegen und zu kontrollieren. Durch Betriebszellen ist die Arbeit im Betrieb zu unterstützen. Gruppen der KGO, die eine breite Massengrundlage haben, sind in allen Betrieben zu gründen.

Werden diese Maßnahmen in Limbach schnell und sicher durchgeführt, dann haben wir die Voraussetzung für eine rasche Aufwärtsbewegung und Steigerung unseres Einflusses. Die gesamte Partei muß aufmerksam diese Wendung kontrollieren.

Für die sächsischen Partei sind entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Mit bolschewistischer Kühnheit ist die Beteiligung der Mängel in der Arbeit vorzunehmen. Die ganze Kraft der Partei ist auf die Organisierung des Metallarbeiterkampfes zu konzentrieren. Jede Zelle der Partei muß helfen, diese Bewegung zu fördern. Einbringlich sind die Mängel, die sich in Limbach zeigten, zu beheben. Ähnliche Erscheinungen in anderen Orten müssen rücksichtslos beseitigt werden. Jeder Kommunist kämpft im Vordereffen für den Sieg der Metallarbeiter. Des-

# Die „Brawda“ zum Berliner Metallarbeitertamp

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter steht im Mittelpunkt des Interesses der Sowjetpresse. Die Blätter bringen ausführliche Meldungen über den Verlauf des Kampfes. Die „Brawda“ schreibt:

„Der Streik in der Berliner Metallindustrie wird auf die gesamte deutsche Arbeiterklasse einen enormen revolutionären Einfluss ausüben. Er wird ein Signal für die breitesten Proletariatsmassen anderer Industriezweige werden. Er wird im Proletariat die Erkenntnis wecken, daß es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, der Unternehmerrückenschneidung Einhalt zu gebieten.“

Der Metallarbeitertamp ist ein schlagender Beweis dessen, daß die Arbeiter in eine neue Etappe des revolutionären Kampfes eingetreten sind, daß das Proletariat zum Gegenangriff gegen die Bourgeoisie, gegen die Hunger- und Terrorregierung und gegen den zügellosen Faschismus übergegangen ist. Der Berliner Metallarbeitertamp ist nicht allein gegen die Borsig, Siemens und andere Hyänen des Trullkapitals gerichtet. Er richtet sich gegen das gesamte Brünningsystem, gegen die Verräterpolitik der Sozialfaschisten, gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie, über Arbeiterleiden ein neues Fundament für das wankende kapitalistische System zu erbauen. Dieser Kampf wird unweidlich eine weitere Verschärfung der Krise des deutschen Kapitalismus zur Folge haben. Er ist nicht nur ein Zeichen der Vertiefung der Klassengegensätze, sondern auch ein Zeichen der auflebenden unmittelbar revolutionären Situation.

Aus diesem Grunde ist der Kampf der Berliner Metallarbeiter auch für die Arbeiter anderer kapitalistischer Länder von enormer Bedeutung. Es wäre aber ein unvorzeihlicher Fehler, wenn sich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch den ersten Erfolg — den Eintritt der Berliner Metallarbeitermassen in den Streik — hinreichende Hilfe und Gefährdung übersehen würde, die diesem Kampfe von Seiten der Urich und Co. droht. Die Regierung, die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokraten werden alles aufbieten, um den Streik möglichst rasch abzumägen und eine Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei müssen alle Kräfte für die Leitung des Streikampfes mobilisieren.

In jedem Betrieb müssen Streikauschüsse geschaffen werden, die nicht etwa unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokraten stehen und lediglich der Kontrolle der Massen unterstellt sind. In jedem Betriebe müssen alle revolutionären Arbeiter in Betriebsgruppen der R.G.D. vereint werden. Der Metallarbeitertamp soll sich aufs engste mit dem Kampfe der erwerbslosen Proletarier vereinigen. Die R.G.D. soll den Kampf der Berliner Metallarbeiter zur Angelegenheit des gesamten Berliner Proletariats gestalten. Es gilt, die Arbeiterklasse des gesamten Landes zur Unterstützung der Berliner Proletarier zu mobilisieren.

Die Stunde hat geschlagen, da die R.G.D. zu einer entscheidenden Kraft der Arbeiterbewegung wird. Dazu bedarf es Kühnheit und Entschlossenheit beim Angriff und Siegeswillen. Dieser Siegeswillen soll unentwegt unter den breiten Massen aufrecht erhalten werden. Wird das gelingen, so wird der heroische Kampf der Berliner Metallarbeiter zum Ausgangspunkt werden für die entscheidenden Kämpfe der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Reaktion, gegen den Faschismus, gegen den Sozialfaschismus, gegen den Hounq-Plan und für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Proletariats.

## Sowjetfahrer treten der Kampfinternationale bei

Moskau, 20. Oktober. Das Präsidium des Zentralkomitees der Schiffergewerkschaft der Sowjetunion beschloß im Namen von 200 000 Gewerkschaftsmitgliedern den Anschluß an die revolutionäre Kampfinternationale der Seeleute und Hafenarbeiter.



(Gezeichnet von Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

### 19. Fortsetzung

„Komm, Zupp, laß uns nicht herumdüsen, es hilft uns nichts!“ Raup stieß den auf einem Stein Hodenden an: „Setz etwas zu unternehmen, wäre Torheit! Es scheint alles verrotten zu sein!“

Zermak stand auf. Verdrossen umdrängten ihn die Männer. Sie murmelten. Die Nachricht von der Verhaftung machte sie unruhig. „Die Grünen wissen jedenfalls schon Bescheid, Zupp! Wirft sehen, Dunst gibt's auf Teufel komm raus!“

„Wir rennen ins Feuer!“

„Wir lassen's lieber sein, Zupp! Wat meinst du?“ Ein Teil sah verschüchtert nach dem finsternen Feldweg hin, hinauf nach der Kolonie.

„Los — geht nach Hause!“ — Zermak stiel es schwer. Er jagte es Hodend. Die Aussicht, einen erfolgreichen Kampf durchzuführen, schien ihm hoffnungslos. Wie eine Steinlast bedrückte ihn das. Sein Unmut übertrug sich auf die anderen. Stumm und niedergeschlagen gingen sie auseinander.

Zupp Zermak hand immer noch, unerschrocken, und sah düster nach dem Viehhof hinüber: „Was jetzt?“

„Abwarten!“ sagte Raup.

„Abwarten!“ — Ja —

Sie gingen zurück zur Straße. Wütend und träge standen die Kolonisten. Am Horizont peitschten Wolkenfetzen. Jemand war in dem Kolonienweg lächelte ein Weib. Zuwachs. Keine Weltlichkeit in der grauen Welt der Proleten.

## Die Roten Einheitsgewerkschaften werden verboten

# Lappo-Regierung wünscht reformistische Verbände

## Neuer Lappomarsch nach Helsingfors organisiert

Helsingfors, 20. Oktober. Die Sozialdemokratische Partei Finnlands hat nach dem Verbot und der rücksichtslosesten Verfolgung der roten Gewerkschaften, die unter ausflaggebender Führung der kommunistischen Partei standen, die Erlaubnis zur Neugründung reformistischer Gewerkschaften erhalten.

Das ist das Geschenk der faschistischen Soinhusou-Regierung für ihre sozialfaschistischen Katalen. Als Dank für ihre treue Mithilfe bei der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung dürfen die finnischen Sozialfaschisten, die in der Gewerkschaftsbewegung bisher keinen Fuß fassen konnten, unter dem Protektorat der faschistischen Regierung reformistische Verbände gründen.

Die Entführung des liberalen, keineswegs faschistenfeindlichen ehemaligen Präsidenten Stahlberg durch Sekretäre der Lappo-Organisation hat die Lage in Finnland noch mehr zugespitzt. Die Verhaftung der Täter, die die Regierung möglichst schonend vorgenommen hat, läßt die Lappo-Führer ihre Forderung nach vollkommener Befreiung der Staatsposten stärker erheben. Sie haben ausgerufen, daß alle Lappo-Männer, die jemals an Entführungen von Kommunisten beteiligt gewesen sind, sich in Helsingfors versammeln, und rechnen mit einem bewaffneten Massenaufmarsch von über 1000 Mann.

## „Staatsfeindliches“ Photo

In Thörn ist eine Nummer der Zeitung „Slowo Somorje“ beschlagnahmt worden, in der ein Bild von Kietzsch veröffentlicht worden ist am Gedenktage seines Todes. Unter dem

## Die Sowjet-Metallarbeiter gräßen den Vortrupp-Kampf

(Telegramm an die Berliner Metallarbeiter)

Das Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes der Sowjetunion sendet euch flammenden revolutionären Gruß.

Euer Kampf ist nicht nur ein Vortruppkampf der Metallarbeiter Deutschlands gegen die Unternehmer, sondern zugleich ein Vortruppkampf der gesamten Arbeiterklasse gegen Unternehmer und Sozialfaschisten. Die Sozialfaschisten wollen eure Interessen verraten und die eisernen Reihen der Berliner Metallarbeiter desorganisieren. Aber die Solida-

rität sämtlicher revolutionärer Arbeiter der Stadt Berlin, die revolutionäre Unterstützung der Arbeiter schaft der ganzen Welt sichern euren Sieg.

Das Zentralkomitee der Metallarbeiter der Sowjetunion äußert die Meinung des Millionenheeres der Sowjet-Metallarbeiter und erklärt, die Metallarbeiter der Sowjetunion werden zur Unterstützung eures Streiks, zur Verstärkung der Front der Weltrevolution die Staharbeit des sozialistischen Aufbaues noch mehr verstärken.

Es lebe der Vortrupp der Arbeiterklasse Deutschlands — die Berliner Metallarbeiter!

Es lebe die Führerin der revolutionären Bewegung — die kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kampfolidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt!

Zentralkomitee Metallarbeiter-Verband Sowjet-Union. Sez.: Bulat.

Die Kommission besteht nur aus zwei Mitgliedern, die zum Pilsudski-Lager gehören, die übrigen gehören zur sozialistisch-bürgerlichen „Opposition“. Aber als es sich um den gemeinsamen Feind — um revolutionäre Arbeiter und Bauern — handelt, da gibt es keine Unterschiede zwischen Anhängern des Diktators Pilsudski und der „Opposition“.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

## Gen. Grinko Finanzkommissar

Moskau, 20. Oktober. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat den stellvertretenden Ackerbaukommissar der Sowjetunion Grinko an Stelle von Brjuchanow zum Finanzkommissar der Sowjetunion ernannt. Der stellvertretende Ackerbaukommissar Kallimanow ist zum Vorsitzenden der Reichsbankverwaltung der Sowjetunion ernannt. Den Vorsitzenden der Reichsbank der Sowjetunion, Pjatakow, ernannte das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates zum Vorsitzenden der Vereinigten Chemischen Industrie der Sowjetunion.

Der erste stellvertretende Gouverneur der Bank von Spanien, Marquis Cabrera, wurde durch die Regierung seines Postens enthoben. Auch ein Strafverfahren wurde gegen ihn eingeleitet. Man nimmt an, daß die Regierung ihn für den katastrophalen Stand der Peseta verantwortlich macht.

## Die Krise im „Dritten Reich“

Kom, 20. Oktober. Die Baumwollspinnereien und Webereien Pellegrino Pontecorvo & Co. in Belgien, die etwa 1400 Arbeiter beschäftigen und ein Aktienkapital von 18 Millionen Lire besitzen, befinden sich laut „Konfessionär“ in Zahlungsschwierigkeiten.

## Kurze Auslandsnachrichten

In Finnland sind die Entführer des früheren Präsidenten Stahlberg, sämtlich Angehörige der Lappo-Organisation „Finnlands Schlok“, verhaftet worden, während bei allen Entführungen von Kommunisten die Täter „unauffindbar“ waren.

Im Hafen von Valencia meuterte die Besatzung des griechischen Dampfers „Pharos“.

Die Pariser Kammer wird bei ihrem Wiederzusammentritt am 4. November sofort in eine außenpolitische Debatte eintreten.

„Wo hin?“ — „Komm nach meiner Wohnung“, sagte Zermak. Sie schritten stumm nebeneinander.

Frau Zermak öffnete. „Na — was ist denn los? Ich meine, ihr wolltet doch den Viehhof...“

„Den Viehhof haben sie erwirkt!“

„Ach, du Lieber! — Den Viehhof? — Wie kam das denn?“

„Na, wie kam das? Frag' mich! Auch den Franz Kreuzat kam sie!“

„Ach, du Lieber...!“ Frau Zermak stand mit offenem Munde da. „Na, dann Gnade Gott!“

„Stech Feuer an und geh wieder auf den Strohhack!“

„Ne, da geht einem doch das bißchen Verstand aus! Da hat einer mindestens ausgeplaudert! Mein Gott, die Kreuzatsche, die behauptet sich schon so um den Jungen. Das gibt erst ein Theater!“

Die kleine Dide konnte sich nicht beruhigen. Sie kniete vor dem Herd nieder, schwachte und blies den Feuerrest an. Ein Balken Rauch hob ihr ins Gesicht.

„Pfl, pfl!“ spuckte sie, „das ist dir ein Drecksack von Herd! Und für einen neuen lang's ewig nicht!“ Sie pustete wieder in die schwache Glut. „Ne, die verdammten Hunde, aber auch alles kriegen sie raus! Alles riechen sie...“ Sie stellte Wasser auf und schüttete aus einer Lüte „Gemischten“ in die Kaffeemühle.

Fritz Raup stierte durch das verstaubte Fenster in die Nacht. „Läß die Nase nicht hängen, Raup! Es wird schon wieder werden! Ausstreifen kann man die Kerle nicht!“ sagte sie.

„Ne, aber an die Wand stellen! Man fragt heute nicht viel danach, ob es uns recht ist!“ sagte Raup.

Zermak blieb stehen: „Es wären nicht die ersten, denen es so geht! Nur wir sind solche Gefühlsduseln! Ahtzehn hatten wir's in der Faust, wir konnten sie zerquetschen, aber da kamen sie an, die Schwächer, redeten uns zu und wir wurden weich, vergaben den Gaunern alle ihre Gemeinheiten, weil sie so geschickt verstanden, sich auf den Menschen in uns zu berufen! Nun wird der Mensch von der Bestie aufgefressen!“

Frau Zermak begriff nur halb. „So —“ sagte sie, „dat find dich Wieder!“ Im Schlafzimmer schrieb der jüngste Zermak.

„Stehste — rief sie unwillig. „So geht's, wenn man einen Augenblick fortbleibt! Die Blagen jagen mich kaputt!“ —

12.

Frau Kreuzat schlief nicht, sie wartete. Jeden Augenblick lag sie im Fenster und spähte in die Dunkelheit. Bei jedem Aufstehen der Treppe stieß sie mit der Petroleumlampe hinaus, in der Meinung, daß Franz käme. So ging es bis in den grauen Morgen hinein. Da konnte sie die Sorge nicht mehr mit sich allein schleppen. Sie trat an Martins Bett und rüttelte ihn wach: „Hörst du, Martin! Der Jung' ist noch nicht hier. Es ist schon Morgen, was mag mit dem los sein?“

Martin rief die schlafschweren Augen auf und zwinkerte verständnislos: „Wat haste?“

„Der Franz ist noch nicht zu Haus!“ Run begriff er. „Er wird schon noch kommen, er ist alt genug, nach Hause zu finden!“ Martin warf sich auf die andere Seite.

„Daß du so gleichgültig bist,“ jammerte sie, „du schnarst, und ich zerbreche mir den Kopf, wo er steht.“

Sie ging leuchtend in die Küche. Martin wurde unruhig. Gewaltig kniff er den Schlaf aus den Augen, richtete sich schwerfällig auf und griff nach der Hölle, die über eine Stuhllehne hing. Mißsam zog er sie über die haarigen, fleischlosen Beine und stand auf. Er sah durch das halbblinde Fenster auf die Straße. Martin rief, vom üblen Geruch des Raumes beengt, das Fenster auf und leg gierig die frische frostige Luft ein.

Die Flammen der Kokerel waren verschwunden. Erlöschen, wie auch das sonst weithin hallende Hämmern der Werke, das Säuschen und Stampfen der Maschinen verstummt war.

Fünf Tage dauerte das schon. Er hatte jeden Morgen hinausgehen, gleichgültig. Doch heute erfaßte es ihn. Seit Jahrzehnten war er gewohnt, die Rauchsäule über den Schachtanlagen zu sehen, die gelbroten Flammenzungen. Gewohnt, den gleichmäßigen eiserne Pulsschlag der Arbeit zu hören. Eine gewaltige Faust schien in das Räderwerk, in die Seilscheiben, Walzen, Kräne und Motoren gegriffen zu haben, in die Kettenglieder der Schächte und Fabriken. Nein, er hatte es bisher nicht so beachtet. Still und starr lag nun alles da verstummt, weil die Arbeiter einmal nicht wollten, und diese Stille ergriß ihn. Generalstreik! —

(Fortsetzung folgt.)



## Teigwaren werden auch billiger . . . .

- Makkaroni**, lose . . . . . Pfund **50** Pfennig
- Eierschnitznudeln** . . . . . Pfund **60** Pfennig
- Eiermakkaroni**, lose . . . . . Pfund **60** Pfennig

Abgabe nur an Mitglieder  
**Konsumverein VORWÄRTS**

## Der Volkskalender 1931

erscheint in Kürze

Derselbe behandelt ausgiebig die sozialen Probleme wie: Erwerbslosenunterstützung, Kurzarbeiterlöhne, Wöchnerinnenbeihilfe, Lohnsteuer, Ledigensteuer, Krisenfürsorge usw. Die zeitgemäße Ausgestaltung bringt einen erweiterten Umfang mit sich. Den Preis haben wir trotzdem äußerst gesteuert, um dieses Nachschlagewerk in die Wohnung jedes Hand- und Kopfarbeiters zu bringen.

Er kostet drei Haus

**30 Pfennig**

Die Kolporteurs der Arbeiterstimme in Stadt und Land sind beauftragt, Bestellungen schon jetzt entgegenzunehmen.

Verlag des Volkskalenders für Sachsen  
Solor Bestellungen an den Verlag schicken

Hierdurch bestelle ich

\_\_\_\_\_ Stück

**Volkskalender für das Jahr 1931**

Vor- und Zuname \_\_\_\_\_

Wohnort \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

### Dienstag: Erstaufführung

Das aktuellste Großfilmwerk unserer Zeit, das mit ungeheurem Erfolg in allen Großstädten des Deutschen Reichs aufgeführt wird

## Lohnbuchhalter Kremke (Arbeitslos . . . !)

**8 AKTE** Kein Einzelschicksal, sondern das Schicksal Tausender zient in starker, eindrucksvoller Handlung an uns vorüber. Glänzendes Spiel der Hauptdarsteller: **Wolfgang Zilzer, Herm. Valentini, Kowal-Samborski** usw.

Ein Film, den jeder sehen muß

**M-S** Lichtspiele **M-S**  
Moritzstr. 10

Taglich: 4, 6.15, 8.30 Uhr



Hersteller des hervorragenden Rumbo-Detergents

## Lichtspiele Freiburger Platz

Heute zwei Erstaufführungen!

## Die rote Lady

Sensationelles Lebensbild in 7 Akten / Hauptrolle: Lya de Putty



## Unsere Liebe war Sünde!

Außerst packend: Ständedrama, 6 Akte  
Einlage: Die neueste Micky-Maus  
Einlaß 4 Uhr: Beginn 7, 8, 9, 10 Uhr

Versäumen Sie nicht das besondere Programm!

## Rundfunk

Dienstag den 21. Oktober:

16,30-17,30: Nachmittagskonzert, 18,05: Frauenfunk, 18,30: Französisch, 19: Elternsprechstunde, 19,40: Schallplattenmusik, 20: Konzert, 21,10: Der Strich durch die Rechnung, Hörspielurkundung in 3 Akten, 22,30: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Tanzmusik.

Mittwoch den 22. Oktober:

16,30: Nachmittagskonzert, 18,05: Arbeitsmarktbericht des Landesamtes für Arbeit, 18,20: Wettervorhersage und Zeitangabe, 18,25: Italienisch, 18,50: Aktuelle Viertelstunde, 19,30: Nacht- u. Spufelänge, 20,30: Aus dem Joffus der elf Eimatter von August Strindberg, 21,15: Alte Tänze, 22,15: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Tanzmusik.



Preis 10 Pf. / Zu haben in der Roten Hilfe, Jakobsgasse 15

## Vom Fachmann bedient u. beraten ist billigst gekauft

**Klein-Conti-Schreibmaschinen**  
Vervielfältigungs-Apparate  
Bürobedarf und Möbel  
Drucksachen

**G. H. Rehfild & Sohn**

in Altstadt: nur Johannstraße 15  
in Neustadt: Hauptstraße 36

## Zither-Saiten und dergleichen

**E. FRIEDEL**  
Stiftstraße 2b

## Chemische Reinigung

Kleiderfärberei, Großwäscherei

## W. Kelling

Dresden • Filialen überall

## Sellen günstiges Weihnachtsgeschenk!

ca. 10.000 Stück neue  
Kaffeebecher  
Es handelt sich um ungenutzte Kaffeebecher aus hartem Porzellan-Steinzeug, weiß, auch mit rotem Rand, unzerknüppelt, ganz billig aus jedem Kaffeebecherladen für zwei gute weiße Sandteller  
entfertigen.  
Preis pro Satz 67 Pf., 11 Kaffeebecher 2 Sandteller  
Der Versand erfolgt per Nachnahme direkt an Vorname von 12 Kaffeebechern an 10 Pf. Stück franco bei Rücksendung wird keine "Miete" Kaffeebecherhandlung Berlin, Rietz, Klingstraße 48  
Es sparen sich Geld, wenn Sie jetzt bestellen.

## Dein Weg

zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

## Führt Dich

etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh

zur Arbeiter-Buchhandlg  
Flemmingsstr. 5



## Auch für Seifen Preis-Abbau

Wir offerieren die von uns geführten bewährten Erzeugnisse erster Fabriken in **unverändert guter Qualität** zu folgenden

### herabgesetzten Preisen

- |   |                  |             |
|---|------------------|-------------|
|   | Frischgewicht    |             |
| <b>Gelbe Kernseife</b> . . . . .                      | 200-Gramm-Stück  | <b>16</b> ⚡ |
| <b>Gelbe Kernseife</b> . . . . .                      | 400-Gramm-Stück  | <b>30</b> ⚡ |
| <b>Oranienburg. Kernseife</b> . . . . .               | 250-Gramm-Stück  | <b>20</b> ⚡ |
| <b>Spezial-Tellseife</b> Superior Qualität . . . . .  | 250-Gramm-Stück  | <b>20</b> ⚡ |
|   | 500-Gramm-Stück  | <b>40</b> ⚡ |
| <b>„Warnal“-Kernseife</b> . . . . .                   | 250-Gramm-Stück  | <b>25</b> ⚡ |
| <b>„Warnal“-Kernseife</b> . . . . .                   | 500-Gramm-Stück  | <b>48</b> ⚡ |
| <b>„Warnal“-Kernseife</b> . . . . .                   | 1000-Gramm-Stück | <b>95</b> ⚡ |
| <b>Oberschal-Kernseife</b> . . . . .                  | 750-Gramm-Stück  | <b>60</b> ⚡ |
| <b>Weißer Wachskernseife</b> . . . . .                | 250-Gramm-Stück  | <b>28</b> ⚡ |
| <b>Weißer Wachskernseife</b> . . . . .                | 500-Gramm-Stück  | <b>55</b> ⚡ |
| <b>Schmierseife</b> gelbe, gekörnt . . . . .          | Pfund            | <b>40</b> ⚡ |
| <b>Salmiak-Terpentin-Schmierseife</b> weiße . . . . . | Pfund            | <b>50</b> ⚡ |

Auf diese billigen Preise gewähren wir **Einkaufsgutscheine**, die am Jahreschlusse mit

## 6% Rückvergütung

in bar ausgezahlt werden.

## Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Zweigniederlassung Dresden



## Trinkt die erstklassigen Biere der Bauzner Brauerei und Mälzerei AG

Einer verehrten Einwohnerschaft von Göpitz und Birna zeigen wir ergebenst an, daß wir den

## Gasthof zum Erbgericht

in Göpitz übernommen haben. Unser Bestreben wird sein, unseren wertigen Gästen in bezug auf Essen und Trinken das Beste zu mäßigen Preisen zu bieten.

Um gültigen Zuspruch bitten  
**Carl R. Schmidt und Frau**

Nachdem wir unseren Gasthof zum Erbgericht an Herrn Schmidt und Frau verkauft haben, danken wir bestens für die uns dargebrachte Unterstützung und bitten, dieselbe auch unseren Nachfolgern angezeihen lassen zu wollen.

Erwin Riedel und Frau

Der Clou der gestrigen Stadtverordnetenversammlung:

# Sozialdemokratische Spiegelfechterelei gegen Brüning!

Scharfe Abrechnung der Kommunisten mit den sozialdemokratischen Betrügern, den Verrätern des 18. Oktober

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wurde eingeleitet mit einer Serie Abstimmungen über Ausschlagsgutachten. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, der fordert, für den Straßenhandel mit Zeitungen noch weitere Verkaufspläne freizugeben und bei Neuregelung und Verteilung von Verkaufsplänen für Zeitungen die Vertreterin vom Dresdner Zeitungshändlerverein und Berufsgenossen zu hören, wurde nach kurzer Begründung an den Prüfungsausschuss verwiesen. Hierauf kam ein

### Antrag sozialdemokratischer Betrüger.

Der von den Wobblaführern als billiger Köder betrachtet wird und der fordert, die Beschlüsse in den städtischen Werkstätten (Abteilung Königsbrüder Straße) aufzulösen und den Betrieb auf einen anderen Fabrikationszweig umzustellen, zur Beratung. Die SPD verwarf diesen Antrag in den Finanzausschuss, um nochmals Zeit zu gewinnen.

Aus ebenso erklärlichen Gründen stimmte die SPD-Fraktion einen Antrag gemeinsam mit den Bürgerlichen nieder, der den Rat erludt, die Rede des Bürgermeisters Dr. Führer, die bietet nach den Mitteilungen der Dresdner Nachrichten, der Dresdner Kaufmannschaft gehalten hat, den Mitgliedern des Kollegiums gedruckt zuzustellen. Wir können uns vorstellen, weshalb die SPD kein Interesse daran hatte, Führers Rede vor den Pfeffersäcken einer breiteren Öffentlichkeit im Wortlaut zugänglich zu machen. Führer hätte dadurch wieder einiges von seinem Nimbus als „Arbeitervertreter“ eingebüßt.

### Rösch und Co. in der Klemme

Rösch hatte die schwere Aufgabe, zwei Tage nach dem 18. Oktober, zwei Tage nach dem sozialdemokratischen Vertrauensvotum für Brüning, ein Ausschlagsgutachten zu einem Antrag seiner Fraktion vom 2. Oktober zu begründen, das von der Reichsregierung fordert:

1. Stärkere Erfassung der hohen Einkommen durch Umgestaltung der Reichseinkommensteuer und rückwärtslose Besteuerung dieser Steuer, Erhöhung der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, insbesondere durch Besteuerung des Nachlasses von Ehegatten Stärkere Steigerung der Vermögenssteuer, rückwärtslose Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalverflechtung nach dem Ausland und Zurückführung der bisher verschobenen Kapitalien.
2. Unterlassung der Gehaltssteigerungen bei den unteren und mittleren Beamten, dagegen starke Herabsetzung der hohen und höchsten Gehälter.
3. Erhaltung und Ausbau der sozialen und kulturellen Aufgaben.
4. Abstandsnahme von einer Kürzung der bisher dem Wohnungsbau aus der Mietzinssteuer zuleihenden Mittel, Befreiung dieser Mittel für den Wohnungsbau der Gemeinden. Keillose Erhaltung der Wohnungswirtschaft Ausbau der Wohnungswirtschaft zum Zwecke der Schaffung von Kleinwohnungen mit tragbaren Mieten für die minderbemittelten Kreise unter Ausschaltung des spekulativen Wohnungsbaus.
5. Erhaltung und Ausbau des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden. Beschleunigte Schaffung eines Finanzanleihegesetzes zur Sicherung der finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden und Gewährleistung der Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben, Erwerbslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und Hebernahme der Kosten auf das Reich.
6. Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche durch Reichsgesetz zur Beseitigung der anhaltenden Erwerbslosigkeit, verbunden mit entsprechendem Lohnausgleich.

### „Für Rösch erklährt der 18. Oktober nicht!“

Rösch hat in einer erbärmlichen Rede, die nur die Verhöhnung des sozialdemokratischen Vertrauens vom 18. Oktober sein sollte den „Standpunkt“ der SPD „begründet“, wurde von der kommunistischen Fraktion immer wieder mit Zurufen wie: „Für dich erklährt wohl der 18. Oktober gar nicht?“ bedacht.

Genosse Gabel hatte in einem Minberheitsgutachten über das Mehrheitsgutachten konkret vorgeschlagen:

1. Einführung von Sondersteuern, und zwar
  - a) für alle Dividenden und sonstigen Gewinne ähnlicher Art in Höhe von 10 v. H.
  - b) für Millionäre und alle Vermögen über 20 000 RM.
  - c) für Aufsichtsratsmitgliedern und ähnliche Vergütungen in Höhe von 20 v. H.;
2. a) Herabsetzung aller Gehälter, soweit sie 8000 RM jährlich übersteigen, auf diesen Betrag.
- b) Herabsetzung aller Pensionen über 6000 RM jährlich auf diesen Betrag;
3. Streichung der Ausgaben für den Heresetat;

4. Beseitigung des Schlichtungsapparates;
5. Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen und Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit;
6. Erhöhung der Kriegsober- und Invalidenrenten;
7. Ausbau der Krankenversicherung;
8. Ausbau des Mutter- und Säuglingszuschusses;
9. Verwendung sämtlicher Mietzinssteuererlöse zum Wohnungsbau;

die gesamte Einwohnerschaft zum außerparlamentarischen Kampfe gegen die Notverordnungen aufzurufen.

Rösch erklärte, er könne nur den Punkt 1a unterstützen, alle übrigen Punkte enthielten Forderungen, die entweder im Mehrheitsgutachten „genügend ausgedrückt“ seien, zum anderen handle es sich um Forderungen, die nicht von der SPD unterstützt werden. Besonders die Aufforderung zum außerparlamentarischen Kampfe gegen Brüning bedeute, daß die Positionen der Arbeiterkraft „schwächt würden“. Die SPD gehe auf die Straße, wenn sie wolle (Gelächter auf der Tribüne). Rösch führt als Beispiel Demonstrationen an, die vor Jahrzehnten (!!) durchgeführt worden. (Zuruf: „Lang, lang ist's her.“)

### Genosse Gabels Antwort an die Brüning-„Sozialisten“

Rösch begründete sein Gutachten gegen Brüning zwei Tage, nachdem die SPD im Reichstag, ob sie sich „links“ oder rechts

nennt, diesem Brüning das Vertrauen ausgesprochen wurde. Nach vor wenigen Tagen schrieb die Volkszeitung, daß dieser Brüning-Kabinet kein Vertrauen ausgesprochen werden dürfe. Jetzt schreibt die Volkszeitung, daß auch die „linken“ Sozialdemokraten nach kameradschaftlicher Aussprache angelehnt der drohenden Rechtsdiktatur die Mißtrauensanträge abziehen mußten. Und das bedeutet das Vertrauensvotum für die Regierung Brüning, die noch härtere Vorstöße gegen die Werktätigen angeht hat. Die SPD ist gewohnt, stramm zu stehen. Sie hat das mit ihrem Vertrauensvotum für Brüning bewiesen.

Aber die SPD erkennt, daß ihre Rolle erkannt ist. Nicht umsonst war revolutionären Arbeitern in den letzten Verammlungen der SPD der Zutritt verboten. Die verräterischen SPD-Führer wissen, daß die revolutionären Argumente durchschlagen werden sind als die Rede eines Häftling, der zum Kampfe gegen die „Feinde der Republik“ gegen das revolutionäre Proletariat aufgefordert.

Aber das Bürgertum schäht die SPD als Haarerhaltende Partei ein, wie es der „Dortmunder Generalanzeiger“ vor Wochen schrieb. Den kommunistischen Antrag gegen Kapitalverflechtung hat die SPD im Reichstag unter den Tisch geschoben. Herr Rösch fordert vor demselben Reichstag heute energische und durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht!

Führer der sozialdemokratischen Bürgermeister, sind bei seinen Ausführungen vor der Dresdner Kaufmannschaft den lebhaften Beifall und den wärmsten Dank für seine Ausführungen.

# Ein frommer Wunsch des „Freiheitsstampfes“

Reichswehr soll deutsche Proleten niederschleßen

Im Freiheitskampf vom 19. Oktober wird in einem Artikel erklärt:

„Die Kunst, die besteht, ist so tief, daß im Heere, wie der Prozeß gezeigt hat, Unfreiheit darüber besteht, ob ein Soldat im Falle innerer Kriegen den älteren Offizieren den Gehorsam auflagen oder auch auf Volksgenossen, die vaterländisch gesinnt sind, schießen sollte. Ein Offizier aber, der seine Leute nicht in der Hand hat, ist ein Schädling! Damit ist das Heer nicht mehr das, was es sein soll, die Ultima ratio des Staates.“

Die Nazis wissen, daß die Kämpfe der Arbeiter in kurzer Zeit gewaltige Dimensionen annehmen werden und daß falls von der Reichswehr eingegriffen werden, der Ultima

ratio (das letzte Mittel) des Staates. Die Nazis wollen aber ihre Terrorhorden gegen die Arbeiter von der Reichswehr gesichert haben. Deshalb führen sie jetzt in der Reichswehr eine Kampagne „Schießt nicht auf die Nationalsozialisten“

Die Nazis glauben auch unter den proletarischen Elementen der bewaffneten Macht durch den Einfluß der Nazioffiziere diese Lösung popularisieren zu können. Das Reichsgerichtsurteil in Leipzig hat gezeigt, daß ihnen offiziell weitgehende Hilfe in ihrem Bestreben gewährleistet wird. „Schießt nicht auf eure Brüder, denn sie kämpfen gegen Gutbesitzer und Kapitalisten, für Freiheit und Brot.“ Das war die erfolgreiche Lösung der Folke mit im Jahre 1917, und es scheint, daß die Nazis für ihren Volksbetrug diese Lösung „ausnutzen“ wollen. Aber sie werden Schiffbruch damit erleiden.

# Das Gestammel gestellter Lügner!

Dresdner Anzeiger muß falsche Berichterstattung zugeben

Es hat der mehrmaligen öffentlichen Beschuldigung des Chefredakteurs Fröhlich als Lügner bedurft, bis der Dresdner Anzeiger zugibt, daß er mit dem Bericht „Kommunisten überfallen Nationalsozialisten“ seine Leser falsch informiert hat. Am Dresdner Anzeiger konnten wir jetzt folgende Erklärung lesen:

„Die kommunistische „Arbeiterstimme“ bezeichnet die fälschlich von uns gebrachte Meldung über eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten auf dem Sternplatz als erlogen. Die Meldung stammte nicht, wie das kommunistische Blatt vermutet, „von dem Nationalsozialisten Barock“, sondern von einem unserer eigenen Berichterstatter, der sie auf Grund von Erkundigungen bei beteiligten Polizeikräften schrieb. Danach bestand für die Redaktion kein Bedenken, die Meldung aufzunehmen. Am nächsten Tage — die anstehende und besorgniserregende Meldung war spät abends eingelaufen, als keine Rückfragen mehr möglich waren — stellte die Redaktion selbst an zuständiger Stelle Erkundigungen an, die sich über mehrere Tage erstreckten. Danach hat kein Hebel durch Kommunisten Rattgefunden, auch hat sich niemand in den Büschen des Stern-

platzes verdeckt. Wir stehen nicht an, von dieser Veränderung der Sachlage unseren Lesern Kenntnis zu geben...“

Diese „sachliche Richtigstellung“, zu der sich der Anzeiger nach reichlich 8 Tagen bequemt, ist auch noch lahm genug; denn es ist erwiesen, daß die Nazis die Angreifer gewesen sind.

Aber das zu schreiben kann man: vom Dresdner Anzeiger nicht verlangen. Das hieße, die Wortbeuge Hilters wohl zu sehr diskreditieren. Immerhin ist das Eingeständnis des Anzeigers, das Geständnis falscher Berichterstattung, nun für jeden, der die bürgerlichen Presseorgane auch nur einigermaßen kennt, als das Gestammel gestellter Lügner erkennbar.

Angeichts dieses Falles müssen wir an unsere Leser die dringende Bitte richten, sich regen an der Werbung für die Arbeiterstimme zu beteiligen. Jeder Leser, der den bürgerlichen Zeitungen entziffert wird, bedeutet, daß wir eine Breche in die ideologische Front des Klassengegners schlagen. Wecht für eure Zeitung, die Arbeiterstimme!

# Emigranten . . .

Von H. Projam

Wie die französische Revolution 1789, so hat auch die bolschewistische Revolution 1917 der Welt eine Gruppe von Menschen beherrscht, die heute ein ganz gefährliches Element im politischen Leben darstellen. Seitdem nun wird die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam: wenn sie als Tschernomentaländer vor Gericht stehen, als Mörder von Sowjetland in Rouanne und Warchau freigesprochen werden oder auf rätselhaften, geheimnisvollen Art, wie General Kustepoff, verschwinden. Die folgenden Zeilen sollen sich mit dem Wesen und Treiben dieser „Unterirdischen“ beschäftigen.

Als die Bolschewiken im Jahre 1917 die Macht übernahmen, geschah dies fast ohne Widerstand. Erst als sie mit ihren Programmorderungen ernst machten, begann der eigentliche Bürgerkrieg. Eine Klasse tritt nie freiwillig ab. Die Reaktion war noch nie mächtlicher in ihren Mitteln: Streik, Sabotage, Terror und bewaffneter Aufruhr mit Hilfe der Intervention sollten die Revolution niederschlagen. Daß die Bolschewiken sich nicht mit dem Wagnis an der Macht hielten, ist klar. Revolutionen sind kein Kinderpiel und wurden nur in Deutschland mit Glacéhandschuhen gemacht. Haben wir nicht eine deutsche „Revolution“ gehabt, in der niemand der alten Herrschaften auch nur ein Haar getrimmt wurde, währenddem aber alle wahren Führer der Revolution ermordet worden sind? Die russische Revolution war also nicht so unperfekt, und doch hat sich Lenin einmal geäußert, daß durch ein rasches Zugreifen manches Arbeiterleben hätte erhalten werden können.

Die Liquidation des Bolschewismus mangt viele, ins Ausland zu gehen. Es waren dies vor allem zaristische Beamte und Offiziere, Junker und Gutbesitzer Kapitalisten und sonstige Rückzieher des alten Systems. Wenige nur haben sich mit den neuen Verhältnissen abgefunden, sind geblieben und haben als Strahknhändler, Schuppuke u. a. einen „anständigen Erwerb“ gefunden. Die Beendigung der Bürgerkriege hatte die Hauptemigration zur Folge. Die Kollischal-Truppen traten nach der Randbücherei über. Dort bilden sie seitdem einen künftigen Gefahrenherd in den Beziehungen Chinas und der Sowjetunion. Nicht umsonst hat letztere immer die Auflösung der Weißgardistenformationen gefordert. — Die Trümmer der Brangel-Armee zetteln sich auf emigrierten russischen Schiffen aus der Arim nach

Konstantinopel, von wo aus sie sich nach den Balkanländern zerstreuen. Dort nehmen sie aktiven Anteil an den Militärputschen und an der Aufrichtung faschistischer Regierungen. Heute spielen sie dort noch die Rolle von Henkern der revolutionären Arbeiterkraft — Ueber Polen und die anderen Randstaaten kamen viele Flüchtlinge nach Deutschland, das ihnen besonders während der Inflation als Valenthalt diente. Seitdem haben sie sich über Europa und die ganze Welt verteilt. Was sie heute noch eint und zusammenhält, ist der Haß gegen die Sowjetunion. Daß sie als Chauffeure durch die Hauptstädte der Welt fahren, daß Don- und Wolgafloßen in den Kongressen fungieren, daß ehemalige Großfürstinnen in Berlin Tee herrieren, interessiert uns weniger. Mehr aber ihre politische Tätigkeit in den Weltländern.

Dank ihrer alten Verbindungen zu Wirtschaft und Diplomatie Europas gelang es ihnen bald, sich hier Gehör zu verschaffen und maßgebenden Einfluß in der Behandlung der Dipolitik zu bekommen. Um so lieber ließ man sich von ihnen beraten, als man ja hier sofort im Bolschewismus den Gegner erkannte. Die jahrelange Plödade und alline Interventionen Englands und Frankreichs ist nicht zuletzt auf das Betreiben dieser Weißgardisten-Emigration zurückzuführen. Wenn sie da ihr Ziel nicht erreicht haben (Grund: ihre eigene Uneinigkeit und der unerhörte Heroismus der Revolutionäre), so hatten sie um so mehr Erfolg in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Mit ihren Lügen- und Schauermedien haben sie die ganze Welt verpestet. Die Haß-Saat, die von den christlichen Kirchen gegen Rußland gestreut wird, findet einen gut vorbereiteten Boden. Heute noch unterhalten die Emigranten ihre Nachrichtenbüros in den Randstaaten. Hauptbeschwerer ist neben den Kollischal für Weißgardisten beiderlei Geschlechts die SPD-Presse. Doch allmählich wird die Wirkung und Bedeutung dieser Emigration geringer und bald werden auch sie auf dem Weltmarkt der Geschichte zu finden sein.

Für diese Sorte gibt es nur noch eines: grenzenlose Verachtung! In Zahl wohl geringer, ist sie aber meißens gefährlicher. Es sind dies die Leute aus der russischen Arbeiterbewegung: Reichemiten und Sozialrevolutionäre. Als haben sie den Bolschewismus per sehen können, daß ihre Revolution erfolgreich war. Vom ersten Tage an haben sie die Bolschewiken und haben Schulter an Schulter mit den Junkern und Adolleten auf der anderen Seite der Barrikade gestanden. Und wo sind nun diese Deiktoren der Revolution zu

finden? In den Büros der 2. Internationale und in den Redaktionen sozialdemokratischer Blätter! Ihre geistige Verantwortung mit diesen Parteien hat sie gleich vielen Weg finden lassen. Mit ihrer besseren marxistischen Schulung war es ihnen leicht, an diese wichtigen Posten zu gelangen. In D. O. n. bezieht regelmäßig die SPD-Presse mit seinen „objektiven“ Rücklandberichten, Abramowitz hat sich zum unbedingten Rücklandexperten für die 2. Internationale emporgeschwungen. Krenski betätigt sich sogar schon auf den Kongressen internationaler Generale in Paris. Weitans gefährlicher aber sind die kleinen Käser, die in den Redaktionen arbeiten. Mit ihren Scheinradikalen Phrasen haben sie sich das Vertrauen der Leser erworben. In einer Partei, in der die religiösen „Sozialisten“ am linken Flügel stehen, ist es nicht schwer, radikal zu sein! Keine Gelegenheit veräumen sie zu ihrer Hege gegen die Sowjets. Ihrer Arbeit ist es vor allem zuzuschreiben, daß der größte Teil der westeuropäischen Arbeiterkraft über Sowjetrußland nicht oder falsch informiert ist. So nur ist es zu erklären, daß ein Häftling ganz unverschämlich um Krieg gegen den ersten Arbeiterstaat auffordern kann. Es ist vor allem nötig, daß man die Quellen der Antisowjetische aufzersetzt. Eine davon ist diese Art von Emigration. Sie muß entlarvt und gebrandmarkt werden als das, was sie ist, trotz allen Scheinradikalens Gebarens, als Deiktoren der Revolution und Feind des Proletariats!

### Arbeiterkorrespondenzen

Die russischen Genossen lesen auch:

Die Zentralkommission für Internationale Verbindungen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten in Moskau wendet sich an die deutschen Arbeiterkorrespondenten mit dem dringenden Ersuchen, ihnen Schilderungen aus dem Leben und dem Kampfe der deutschen Arbeiterklasse, insbesondere von den Zuständen in den Betrieben, zu übersenden. Die sowjetrussischen Zeitungen, insbesondere die Moskauer Wambda, beachtlichen, zur bevorstehenden Jahresfeier der russischen Revolution die Schilderungen deutscher Arbeiter in ihren Spalten zu veröffentlichen und dadurch das Band brüderlicher Solidarität noch fester zu knüpfen. Wir bitten deshalb, uns solche Schilderungen (insamstens zu stellen zu wollen, damit wir für die Weiterleitung Sorge tragen können. Redaktion des Wambda.



# Die Dresdner Eisenbahner stoßen zur RGO

Die Lügner vom GDE meinen — Die revolutionären Eisenbahner Dresdens für die streikenden Berliner Metallarbeiter

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner hatte für Sonntag nach den Annalen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um zu den Aufgaben der Eisenbahner und dem Verrat der Reformisten Stellung zu nehmen. Der gute Besuch der Versammlung bewies, daß die Dampfer- und Lokführer immer mehr von den reformistischen Verrätern abtrüben und sich in die Front der RGO einreihen.

Als Referent für die Versammlung war der Kollege Chwalek, Mitglied des Reichstages, erschienen. Die Mitteilungen des Genossen Chwalek von dem Verrat der SPD in der Sonnabendstimmung des Reichstages, wo diese Kapitalisten der Regierung Brünning das Vertrauen aussprachen, wo sie für Brünning Diktatorverordnungen stimmten, wo sie den Antrag der RGO, den Schandfriedensvertrag für die Berliner Metallarbeiter aufzuheben, ablehnten, und gegen die Annahme der proletarisch-politischen Gefangenen ihre Stimme abgaben, löste große Entrüstung bei den Anwesenden aus. Die Zustimmung, die Genosse Chwalek während und am Schluß seiner Ausführungen erhielt, zeigte, daß die Eisenbahner die von der RGO aufgezeigten Wege als richtig erkennen, und daß sie bereit sind, unter der Führung der RGO den Kampf gegen Lohnraub, Maßnahmenentzügen und verschärfte Rationalisierungsmethoden zu führen.

Trotz schriftlicher Einladung und öffentlicher Aufforderung, sich in dieser Versammlung zu beteiligen, die ausgereizten Lügen zu beweisen, zogen es die Ortsverwaltungsmitglieder des GDE, die Mitglieder des Betriebsrats und die Vertreter der anderen Eisenbahnerorganisationen vor, in der Versammlung nicht zu erscheinen. Damit haben sie sich als niederrichtige Verleumder und Lügner entlarvt. An der Diskussion beteiligten sich drei Eisenbahnerkollegen zum Wort, die zu ihren betrieblichen Angelegenheiten und dem Verhalten der Reformisten Stellung nahmen und für die Stärkung der RGO eintraten.

Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 19. Oktober in den Annalen folgende, von der RGO der Eisenbahner einberufene öffentliche Versammlung spricht den streikenden Berliner Metallarbeitern ihre herzlichste Sympathie aus. Die Versammelten geloben, den Kampf der

## Lehrlinge im Streit

Im Berliner Metallarbeiterstreik steht in fast allen Versammlungen eine Frage zur Debatte: Was wird mit den Lehrlingen? Sollen die Lehrlinge in den Streit mit einbezogen werden? Diese Frage ist auch die, die vor allem die über vierzig Lehrlingsversammlungen stark beeinflusst hat, die in den letzten zwei Tagen im Jugendverband durchgeführt wurden. Für den Lehrling steht die Frage, wie er sich gegenüber dem Kampf gegen Lohnraub, gegenüber dem Streit verhalten soll und inwieweit er sich in den Kampf mit einreicht.

Wird doch der Lohn, die Arbeitszeit des Lehrlings durch den Kampf der erwachsenen Arbeiter mitbestimmt. Aus diesem Grunde heraus ist der Kampf der Metallarbeiter gegen Lohnraub, für Lohnhöhung, auch der Kampf des Lehrlings um seine speziellen Forderungen.

Die Versammlungen der Lehrlinge, die stattfanden, und die gut besucht waren und von gutem Kampfsinn der Lehrlinge zeugten, zeigten, daß bei den Lehrlingen überall diese Erkenntnis vorhanden ist.

Bei den im Streit befindlichen Metallarbeitern ist diese klare Erkenntnis aber noch nicht in dem Maße vorhanden. Ver-

berliner Metallarbeiter, der die erste große Schlacht gegen den frechen Lohnraub darstellte, mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Versammelten nehmen Kenntnis von den Abstimmlungen im Reichstag, von dem Verhalten der SPD, das den größten Verrat dieser Partei seit dem 4. August 1914 darstellt, und stehen darauf die Forderung, mit aller Kraft die Stärkung der revolutionären Front vorzunehmen. Die Versammelten verpflichten sich, sofort in den Betrieben die Gruppen der RGO und die antifaschistischen Betriebskomitees aufzubauen.

Es lebe der Kampf und der Sieg der Berliner Metallarbeiter unter Führung der RGO! Hinein in die RGO! Hinein in den Kampfband gegen Faschismus! Für die RGO!

vorgeschrieben durch die DMB-Bürokratie ist bei den Metallarbeitern noch die Auffassung verbreitet: der Lehrling kann nicht mitkämpfen! Er hat keinen Lehrvertrag.

Gewiß, der Lehrling hat keinen Lehrvertrag, den der Unternehmer ausnahmslos, um den Lehrling von der Beteiligung am Streit abzuhalten, den Lehrling nicht teilnehmen zu lassen an den Kämpfen und Bewegungen der erwachsenen Arbeiterschaft, um ihn recht- und wehrlos zu machen, um ihn dann gehörig ausbeuten zu können. Dafür haben die Unternehmer ihrer individuellen Lehrvertrag und nutzen ihn in dieser Linie aus. Schon heute liegen Meldungen aus den verschiedenen Betrieben vor, daß die Lehrlinge zu Streikbrucharbeiten bei Stock, bei Siemens-Dynamo, bei Vogel, Hesse & Wrede, Schwarzkopf und anderen Betrieben gezwungen werden sollen.

Gegen diesen Lehrvertrag, der die Lehrlinge den Unternehmern ausliefert, und der dazu ausgenutzt wird, die Lehrlinge gegen die erwachsenen Arbeiter auszuspielen, muß ein entscheidender und schicksalvoller Kampf geführt werden.

Der Metallarbeiterstreik, der Kampf gegen Lohnraub, gibt eine gute Gelegenheit, den Kampf gegen Lohnraub mit dem Kampf gegen die reaktionären Lehrverträge zu verbinden und für die Lehrlinge durch den gemeinsamen Kampf der erwachsenen Arbeiter und der Lehrlinge für Streikrecht und Koalitionsfreiheit für Lehrlinge zu

## Solidaritätskundgebung Leningrader Arbeiter für die Metallarbeiter Berlins

Leningrad, 17. Oktober 1930.

Zehntausend Arbeiter des Werkes „Elektrosila“, normals Siemens-Schuckert, richteten ein Begrüßungsschreiben an die Belegschaft der Siemens-Betriebe in Berlin. Die Leningrader Arbeiter erklären, sie hätten durch die Presse mit größter Freude vom Kampf der Berliner Metallarbeiter erfahren, und ermahnen sie, mit größter Beharrlichkeit unter der Führung der RGO zu kämpfen und die Sozialverräter schonungslos zu entlarven. Die Leningrader Arbeiter versichern, daß sie stets bereit seien, die kämpfenden Arbeiter Deutschlands zu unterstützen.

kämpfen. So muß also in diesem Metallarbeiterstreik die Einbeziehung der Lehrlinge herbeigeführt werden.

Die DMB-Bürokratie will diesen Kampf nicht, weil sie weiß, daß die Einbeziehung der Lehrlinge den Kampf wesentlich verschärfen und ihre Strategie durchkreuzen würde. Die Strategienmüßigkeit, die darauf hinausläuft, den Metallarbeiterkampf in baldmöglichster Kürze abzumürren. Von diesem Gesichtspunkt treten auch überall die Beauftragten des DMB auf, ganz gleich, ob sie sozialdemokratische Betriebsräte oder Mitglieder der DMB-Jugendkommission sind, und fordern, daß die Lehrlinge im Betrieb zu verbleiben haben.

Ja, sie lassen die Lehrlinge durch die Polizei in den Betrieb hineinbringen.

Bei Fritz z. B. telefonierte der DMB-Vertreter die Polizei an, damit sie die Lehrlinge in den Betrieb hineinbringt. Ähnlich auch im Betrieb Weber, wo der Vertreter der Gewerkschaft den Lehrlingen sagte, daß er dafür sorgen würde, daß die Polizei vor dem Betrieb sein wird, die die Lehrlinge wieder hineinbringt.

Die DMB-Bürokratie will nicht, daß die Lehrlinge kämpfen und damit zur Verstärkung der Kampffront der Metallarbeiter beitragen.

Im schärfsten Kampf gegen die reformistischen Streikabwärtler muß die RGO durchsehen, daß die Lehrlinge in den Metallarbeiterstreik eingereicht werden.

Durch diese Einbeziehung wird das Streikrecht für die Lehrlinge erkämpft und durch geschlossene, einheitliche Haltung der erwachsenen Arbeiter mit den Lehrlingen jene Maßnahmen der Unternehmer abgewehrt, die darauf hinauslaufen, den Lehrling auf Grund seines Lehrvertrages schadenersparlich zu machen und zu entlassen.

Für die streikenden Metallarbeiter, für die Lehrlinge gibt es deshalb nur eine Parole:

Mit den Lehrlingen geschlossen heraus aus den Betrieben, Einbeziehung der Lehrlinge in den Streit!

Kampf gegen Lohnraub, für Lohnhöhung!

Kampf für Streikrecht der Lehrlinge!

### RGO

Bezirkskomitee  
Dresden-Altstadt  
Rosenstraße 100

Dienstag den 21. Oktober:

Sitzung des Bezirkskomitees der RGO, der RGO-Leiter der RGO, des Betriebsratsauschusses der Fraktionsleitungen der Industrie- und Gewerkschaften sämtlicher Gewerkschaften, des Gewerkschaftsausschusses, 19.30 Uhr (Voll wird noch gemeldet). Thema: Die Bedeutung und Aufgaben der RGO. Referent: Genosse Paul Jäkel. Die Sitzung findet bei Müller, Schäferstraße, statt.

Mittwoch den 22. Oktober:

Im Bezirksbüro der RGO, Rosenstraße 100, findet eine Gruppenführung der erwachsenen Angehörigen vorm. 11 Uhr statt. Pflichtarbeiten absetzen. Pflichtmindestwerbung durchführen und Neuanmeldungen persönlich mitbringen.

Verwaltungsbezirk 5

Dienstag den 21. Oktober, 19.30 Uhr, bei Volters, Torgauer Straße, Versammlung aller RGO-Funktionäre. Bericht vom 5. RGO-Kongreß.



Massenstreikposten vor einem Berliner Metallbetrieb



RGO-Arbeiterinnen auf Streikposten

## Solidarität für die streikenden Berliner Metallarbeiter

Die Berliner Metallarbeiter stehen in geschlossener Front im Streit. In dem erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes sind alle Wertigkeiten interessiert. Die Bourgeoisie kann ihre danktrotte Wirtschaft nur durch verschärfte Ausbeutung und unter Anwendung verschärfter Rationalisierungsmethoden im Betrieb auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung aufrechterhalten. Sie treibt mit Hilfe der ihr willfährigen Organe des bürgerlichen Staatsapparates rücksichtslos weitere Massenleiden ein und glaubt sich aus der schweren wirtschaftlichen Krise retten zu können. Die reformistische Gewerkschaftsführung, die auf dem Boden der Stärkung und Erhaltung dieses kapitalistischen Ausbeutersystems steht, wird keine Maßnahmen treffen, um den Kampf der Berliner Metallarbeiter zum erfolgreichen Ende zu führen. Ein Sieg der Metallarbeiter würde Verhinderung der Erfüllungspolitik der Bourgeoisie und der mit ihr auf demselben Boden stehenden Gewerkschaftsführung sein.

Darum appelliert die Internationale Arbeiterhilfe an alle Werktätigen, sofort überall Solidaritätsausschüsse zu bilden. Diese Solidaritätsausschüsse, denen Vertreter der gesamten werktätigen Bevölkerung, des Industrie- und Gewerkschaftsapparates, der Verbände, der Angestellten und Beamten, der Erwerbslosen, der proletarischen Frauen und Jugendlichen, sowie der Kleingewerbetreibenden, der Landproletarier und schwerbeschäftigten Bauern angehören, die alle vom faschistischen Staat bedroht sind, bilden Ausgangspunkt und Zentrum der breiten Solidaritätsaktionen der IAW. Sie sollen die erforderlichen Mittel für eine erfolgreiche Weiterführung des Streites gewährleisten.

Helft den streikenden Metallarbeitern! Zeichnet auf die Sammelstellen der Internationalen Arbeiterhilfe! Schnelle Hilfe ist wirkliche Hilfe! Der Kampf der Metallarbeiter ist auch euer Kampf! Reichsleitung der Internationalen Arbeiterhilfe.

### Lohnraub oder Entlassung

Der Tischlermeister H. in Hänichen bei Pörsdorf, der am Ort eine Tischlerei mit Maschinenbetrieb betreibt, glaubt unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit Ausnutzung schlimmer Art betreiben zu können. Der bei ihm beschäftigte Maschinenarbeiter S., 22 Jahre alt, im Hause des H. wohnhaft, hat laut Tarif einen Stundenlohn von 1,17 Mark zu erhalten. Seit ungefähr 2 Jahren arbeitet er schon für — 90 Mark pro Stunde, also unter Tarif. Aber nicht genug, H. belte S. zur Rede, er soll noch billiger arbeiten oder aufhören. Weil sich S. damit nicht einverstanden erklärte, wurde ihm drei Tage später mitgeteilt, wenn er für denselben Wochenverdienst statt 47 nunmehr 55 Stunden in der Woche arbeiten könne, er weiter arbeiten, also noch weiter unter Tarif. Also wenn ein Betrieb verlottert und noch weiter unter Tarif und Führung Redensache ist, sollen die Proletarier arbeiten. Ferien, die tariflich festgelegt sind, gibt leiten billiger arbeiten. Ferien, die tariflich festgelegt sind, gibt es keine, dazu ist kein Geld da. Das braucht der Sohn von H. zu Vergnügungszwecken durch Deutschland. Die Belieferung der

Kundschaft erfolgt nach Feierabend durch den Gesellen und den Lehrling, meistens nach auswärts, so daß es gewöhnlich 22 Uhr wird. Als Bezahlung hat S. nur ein „Danke schön“ oder das Abendbrot übrig. Regelmäßige wöchentliche Lohnzahlung ist Nebenjache. Abrechnung erfolgt alle 12 bis 13 Wochen einmal. Wie mag es da mit der Abführung der Krankentafeln und Versicherungsbeiträge sowie mit den Steuern sein? Ein besonderes Kapitel ist die Ausbildung der Lehrlinge. Wo bleibt hier die gesetzliche Arbeitszeit. Gehören die hässlichen Arbeiten für die Familie S. wie Schuhe putzen usw. auch zur Lehrlingsausbildung? Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft von Hänichen, vor allem von dem Arbeiter-Turnverein, deren langjähriges Mitglied er ist und wo ihm eine silberne Nadel gestiftet wurde, ist es, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Beachtenswert ist, daß im Hause des H. der SPD-Gemeindevorsteher B. wohnt und die Verhältnisse kennt, sogar gut heißt. (AK 2199)

### Schwangerschaft kein Grund zur Entlassung

Interessanter Prozeß vor dem Arbeitsgericht

Ein prinzipiell wichtiges Urteil wurde vor dem Arbeitsgericht Berlin gefällt, das sich mit der Frage zu befassen hat, ob frögemäße Entlassung einer Angestellten, die wegen ihrer Niederkunft nicht zur Arbeit erscheinen konnte, eine unbillige Härte darstelle oder nicht. Die Angestellte, die unversehrt ist, blieb eines Tages bei der Firma mit der Entschuldigang aus, daß sie erkrankt und im Bettliegen müsse. Der Aufforderung, sich vom Vertrauensarzt untersuchen zu lassen, kam sie nicht nach. Erst einem Kontrolleur ihrer Firma offenbarte sie, daß sie hochschwanger sei und ihrer Niederkunft entgegenstehe. Darauf wurde sie frögemäße gekündigt. Da die Angestellte darin eine unbillige Härte sah, klagte sie auf Wiedereinstellung oder Zahlung einer Entschädigung. Die Firma beantragte natürlich Abweisung der Klage, wobei sie sich auf bereits ergangene Urteile verschiedener Landesarbeitsgerichte stützte. Das Berliner Arbeitsgericht kam aber trotzdem zu einer Verurteilung der Firma.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß in diesem Fall nicht zu prüfen war, ob die Schwangerschaft eine verschuldete oder unverschuldete Krankheit darstelle, weil die Entlassung nicht fröflich, sondern fröfgerichtet erfolgt wäre. Die Firma hätte wissen müssen, daß die Krankheit nicht lange dauern und die Klägerin bald wieder arbeitsfähig sein würde. Aus diesem Grunde müsse ihr, wenn keine Wiedereinstellung erfolge, eine Entschädigung von 100 Mark gezahlt werden. Trotzdem die zuerkannte Entschädigung natürlich völlig ungenügend ist, muß das Urteil als prinzipiell sehr wichtig gewertet werden.

# Rund um den Erdball

Durch die eigene Frau des Mordes denunziert

## Um den Tod eines Arbeiterschinders

Der Mörder des Grubendirektors Emil Kramer vor dem Schwurgericht Halberstadt

Halberstadt, 20. Oktober. Am Montagmorgen begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Heilgehilfen Otto Koch aus Hohn, der beschuldigt wird, am Abend des 19. Februar dieses Jahres den Grubendirektor Emil Kramer ermordet zu haben. Kramer war als Vertreter der Deutschen Volkspartei Mitglied des Kreistages und bei der Nachwörter Arbeitererschaft, ganz gleich, welcher Partei sie angehörte, als besonders brutaler Arbeiterschinder bis auf den Tod verhasst.

Die Mordtat schwebte leiserzeit lange im Dunkeln. Erst fünf Monate später trat plötzlich die Frau des jetzigen Angeklagten und früheren Heilgehilfen der Grube „Concordia“ Otto Koch mit der Anschuldigung gegen ihren Mann hervor. Die Blätter an Direktor Kramer habe ihr Mann aus Rache wegen des erfolgten Abbaus verübt und dazu ein Militärgeweehr benützt, das er später mit einer Kinderfringschnur umwickelt in den Mühlgraben geworfen habe. Tatsächlich fand man an der bezeichneten Stelle ein verrostetes Militärgeweehr mit einer Kinderfringschnur umwickelt, worauf Koch verhaftet wurde.

Sie heute bestritt Kramer, den Todesstoß, der im Dunkel des Abends zum Tode des Kramerschen Grundstücks auf den Direktor abgefeuert wurde, getan zu haben. Er bleibt

auch in der Montagsoberhandlung dabei, daß seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte, sich nur an ihm rächen wollte.

### Jetzt weht ein anderer Wind...

Ueber die Verhältnisse auf der Grube „Concordia“ befragt, erklärt Koch, daß bevor Direktor Kramer hier „herrschte“, alles ziemlich glatt gegangen sei. Im Jahre 1923 sei dann Kramer zunächst als zweiter Direktor aufgetaucht. Bald sei er der gefürchtetste Mann auf der Grube gewesen, dem alle in großen Bogen aus dem Wege gegangen seien. Einmal habe Kramer ignis zu ihm gesagt: „Jetzt weht ein anderer Wind hier auf der „Concordia“. Ihr Betreuer geht bald fort.“ Mit diesem „Betreuer“ war ein Direktor Schneefuß gemeint, der auch bald verstorben war.

Vorjohender: „Warum war denn der Direktor Kramer so gefürchtet?“

Koch: „Nun, ist es nicht bezeichnend, daß seitdem Kramer auf der Grube Direktor war, nicht weniger als 60 Arbeitsgerichtsverfahren stattgefunden haben? Außerdem war die Belegschaft sehr erregt, weil Kramer mit dem Abbau begann. Von 2000 Mann verringerte er den Stamm auf 800 und zwar wurden in erster Linie Leute entlassen, die irgendmal ein kleines Vergehen, wie Rauchen usw. begangen hatten.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er entlassen sei, erklärte Koch: „Wegen Beamtenbeleidigung.“

Für die Verhandlung sind mehrere Tage angelegt.

## Furchtbares Autounglück bei Koblenz

Zwei Todesopfer

Koblenz, 20. Oktober. Auf der Straße zwischen Wingen und Koblenz ereignete sich am Sonntag ein furchtbares Autounglück.

Das Auto eines Fabrikanten aus Niederlahnstein rannte gegen einen Telegraphenmast und wurde über die Straßenböschung auf das Bahngleis geschleudert. Im gleichen Augenblick kam ein Güterzug heran und schloß den verunglückten Kraftwagen noch ungefähr 150 Meter mit. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Vor der Lokomotive des Zuges lag der Führer des Autos, der 24jährige Sohn des Fabrikbesizers, in zwei Teile zerschnitten. Der Mitfahrer erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

## Grubenunglück in Frankreich

Acht Kumpels verletzt — zwei davon lebensgefährlich

Paris, 20. Oktober. Auf der Grube „Cocarpelle“ bei Lens ereignete sich ein schweres Förderkorbunglück, bei dem acht Grubenarbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Der Förderkorb stieß so heftig auf der unteren Sohle auf, daß er fast vollkommen zertrümmert wurde. Zwei von den acht Verletzten schweben in Lebensgefahr.

## Funkempfangsanlagen für Luftfahrzeuge

Der Reichsverkehrsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister vereinfachte Bestimmungen über die auf Luftfahrzeugen mitzuführen den Geräte, die ausschließlich für den Funkempfang bestimmt sind, herausgegeben.

Diese für Freiballons, Klein- und Sportflugzeuge geeigneten Empfänger sollen lediglich als Rundfunkempfänger angesehen und behandelt werden. Ihre Anmeldung wird in der Folge bei jedem Postamt möglich sein. Es können mit ihnen auch die für die Sicherheit der Luftfahrt bestimmten, von den Funkstellen des Flugfernmeldebüros verbreiteten Nachrichten aufgenommen werden.

## Tod auf den Schienen

Chemnitz, 20. Oktober. In Siegmars bei Chemnitz wurde am Freitag nachmittag ein Streckenarbeiter von dem Schnellzug der Linie Reichenbach-Dresden erfasst und überfahren. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

### Zwei Brunnenarbeiter verschüttet

Nach einer Meldung aus Sachseln in der Schweiz wurden beim Graben eines Brunnenbrunnens zwei Erdarbeiter verschüttet. Sie konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

### Autobusunglück in Nordschweden

In der Nähe von Lulea in Nordschweden am Sonntag ein mit 25 Personen besetzter Autobus von einem Leitungsmaß und stürzte in einen tiefen Graben. Ein Insasse wurde dabei getötet, zehn mehr oder weniger schwer verletzt.

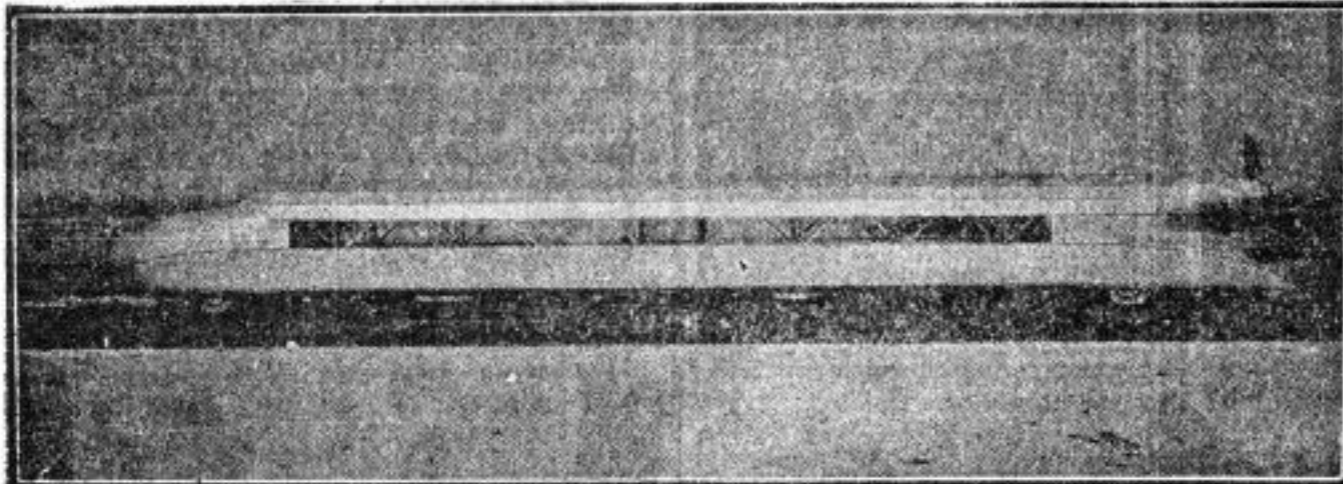
### 24 Verletzte bei einem Straßenbahnzusammenstoß

Am Sonnabend abend stießen in Wien auf dem Simmering zwei mit Ausflüglern vollbesetzte Straßenbahnzüge zusammen. 24 Personen wurden verletzt, davon drei schwer.

### Nach Unterschlagung von 200 000 Mark verhaftet

Der Hamburger Kriminalpolizei gelang es, den Kaufmann Hessler aus Hamburg zu verhaften, der beschuldigt wird, Betrügereien im Betrage von etwa 200 000 M. begangen zu haben.

## Im 200-Kilometer-Tempo



Am Sonnabend wurden auf der Versuchsstrecke im Burgwedeler Moor bei Hannover die ersten Versuchsfahrten mit dem sogenannten „Schienen-Zeppelin“ unternommen. Der Erfinder dieses neuartigen Triebwagens mit Propellerantrieb ist der Ingenieur Franz Kruckenberg. Tatsächlich erreichte dieses Verkehrsmittel der Zukunft am Sonnabend eine Geschwindigkeit von fast 200 Kilometer. Die Versuche werden fortgesetzt.

## Lehrerin und Schülerin von 110 000 Volt getötet

# Furchtbarer Abschluß eines Ausfluges

Von den gerissenen Hochspannungsdrähten des Hengstewerkes erfasst

Essen, 20. Oktober. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Montag vormittag am Stausee bei Hengst in Westfalen. Eine Mädchenschulklasse, die sich unter Führung ihrer Lehrerin auf einem Ausflug befand, geriet in die gerissenen Drähte einer 110 000-Volt-Hochspannungsleitung. Die Lehrerin und ein Mädchen wurden getötet, drei weitere Kinder erlitten schwere Brandverletzungen.

Nach ergänzenden Mitteilungen befand sich die 37jährige Lehrerin, Fräulein Eversberg, mit ihrer Klasse auf einem Ausflug, den sie zur Feier ihres Geburtstages beantragt und auch genehmigt erhalten hatte. Die Lehrerin wollte den Kindern den künstlichen Stausee zeigen, an dem die heimlich-Weißfährliche Elektrizitätswerke das größte Kraftwerk in Deutschland errichtet haben. Von diesem Kraftwerk führt eine Hochspannungsleitung weit in das westfälische Land.

Unter Scherzen und Singen passierte die Klasse gerade den Weg, über den die Hochspannungsleitung gelegt ist. Plötzlich rissen mehrere Drähte, deren Enden auf die Schulklasse herunterfielen. Fräulein Eversberg und ein achtjähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet. Ein anderes Mädchen erlitt schwere Brandwunden und zwei weitere Kinder kamen mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon.

## Schweres U.W. über Tarragona

Zwei Todesopfer — zwölf schwerverletzte

Madrid, 20. Oktober. Vulkanebrüche und anhaltende Regenfälle richteten in Tarragona großen Ueberflutungen an. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Vier Personen ertranken, zwölf wurden schwer, unzählige andere leicht verletzt.

Trotz sofort eingeleiteter Untersuchung gelang es bisher noch nicht, die Ursache des Reißens des Hochspannungsdrahtes festzustellen. Da die Leitung erst vor Jahresfrist gespannt wurde, glaubt man, daß irgendwelche Naturereignisse den Draht beschädigt haben.

## Panik im Hafen von Wutschau

# 31 chinesische Schiffe in Flammen

40 Personen verbrannt und ertrunken

New York, 20. Oktober. Nach einer Meldung aus Kanton brach in Wutschau in einem Restaurant, das auf einem Schiffe untergebracht war, ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit auf andere Schiffe übersprang.

Dreißig chinesische Schiffe wurden zerstört. Hunderte von Personen sprangen von den brennenden Fahrzeugen ins Wasser. Ein Teil von ihnen erreichte schwimmend das Ufer, die anderen wurden von Helfern aus dem Wasser geborgen. Von den Personen, die sich am Bord des Schiffrestaurants befunden haben, werden 40 vermisst. Man befürchtet, das sie entweder verbrannt oder ertrunken sind.

### Ein Güterzug entgleist

Am Sonnabend nachmittag entgleisten auf dem Bahnhof Opladen infolge falscher Weichenstellung zehn Wagen eines Güterzuges. Drei Wagen kippten um und verpörrten das Gleis, während fünf weitere Wagen sich

loosrissen und auf einem im Düsseldorfener Gleis stehenden Personenzug aufzufuhren. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Eisenbahnbeamte schwer und einer leicht verletzt.

### Erdbeben in Louisiana

In New Orleans und mindestens zwölf anderen Städten im Südoften des Staates Louisiana wurden mehrere Erdstöße wahrgenommen, durch die die Bevölkerung in große Unruhe versetzt, jedoch weiter kein größerer Sachschaden angerichtet wurde.

### Wieder Ueberflutungen in Südfrankreich

Wieder einmal haben Ueberflutungen in Südfrankreich große Schäden angerichtet. Drei Dörfer in der Nähe von Montpellier stehen unter Wasser. Heftige Stürme trieben die Bogen des Meeres bis zum Bahnhof Nouvelle.

### Der Tod in den Bergen

Von drei Touristen, die eine Besteigung des Mittelhorns unternommen hatten, sind unterwegs zwei tödlich abgestürzt.